SABOTAGE

kostenlos im Rhein-Neckar-Raum!

BEWEGUNGSMELDER
FÜR FUNDAMENTALE KRITIK
AN DEN BESTEHENDEN VERHÄLTNISSEN

Nr. 30

04/98
4. Jahrgang

Solidarität heißt Widerstand gegen staatliche Unterdrückung!

NAZIS IN SCHWEDEN · POLIZEI NEUEN TYPS: EUROPOL · "LINKSREGIONAL": INTERVIEW MIT GARFIELD · KTS BLEIBT · PROGRAMM DES JUZ MANNHEIM UND DES AUTONOMEN ZENTRUMS HEIDELBERG

»Der Wahnsinn endlich in seinen Rechten bestätigt.«

In unserer Funktion als »Bewegungsmelder« füllen wir - so gut es geht - die Rolle eines »szenischen Seismographen« aus, indem wir in die politischen Zusammenhänge der Region »hineinhorchen« und so Meinungen »einholen«, die die *Sabotage* als radikales linkes Zeitungsprojekt und die in ihr diskutierten Themen betreffen. Sicherlich wäre es auf Dauer ermüdend, wenn wir euch jeden Monat damit »belästigen« würden, *wie* die jeweils letzte *Sabo* beim lesenden Publikum »angekommen« ist. Aber von Zeit zu Zeit ist es doch angebracht, davon zu berichten. Diesmal zum Beispiel:

Wir haben viel »Lob« für die März-Ausgabe - die bisher zeichenstärkste - erhalten; wie wir übrigens selber finden, auch durchaus berechtigt. Und das, was die meisten der »begeisterten« LeserInnen übereinstimmend als *sabotage*essentiell einstuften, waren die LeserInnenbriefseiten. Auf neun Seiten (!) sei - so die mündlich an uns herangetragene positive Kritik - *das* eingelöst worden, wovon ein printmediales Projekt im Stile der *Sabotage* lebe: vom gewinnbringenden Austausch divergierender Ansichten, der - *außerhalb* des redaktionellen Rahmens - wieder Diskussionen aktiviert oder gar zur Herausbildung eindeutiger(er) Positionen führt. (In diesem Zusammenhang war es auch richtig, den eigentlich indiskutablen FAU/AP-Text „Zur neuen Dolchstoßlegende" kommentiert abzudrucken, auch

Inhaltsverzeichnis:

antifa

Nehmen wir uns die Straße! - Antifaschistischer Aktionstag am 30.04.1998 5
Entwicklung der faschistischen Strukturen in Schweden.
Die weltweite Vernetzung der NS-Skinheads 8
Antifa-Nachrichten in Kürze 14

repression

Polizei neuen Typs - Ermitteln, überwachen, festnehmen.
Über die umfassenden Befugnisse der europäischen Polizeibehörde Europol 15

programmübersicht

Das Autonome Zentrum Heidelberg im April 18

repression

Erneuter Staatsschutzangriff auf linke Strukturen in Heidelberg 20
Solidarität ist eine Waffe! 21

linksregional

„... wenn wir nicht notwendig wären." - Interview mit dem Infotelefon G.A.R.F.I.E.L.D. 22

zentren häuser wagenplätze

Die KTS existiert weiter! 24

sonstige sabotage

Das „Schwarzbuch des Kommunismus" 26
Freies Radio Rhein-Neckar: unabhängig - unkommerziell - kritisch 29
Demos & Veranstaltungen 30

leserInnenbriefe

„Rosinen oder Brötchen" - Zur LL-Debatte 33

selbstverwaltet - antifaschistisch

Das JUZ Mannheim in Selbstverwaltung „Friedrich Dürr" im April 36

wenn er auf den ersten Blick rein gar nichts in der *Sabo* zu suchen hat.)

Selbstverständlich freuen wir uns, wenn die *Sabo* bei unserer LeserInnenschaft gut ankommt. Selbstverständlich fühlen wir uns im Drang zum Weitermachen bestätigt, wenn das »Bewegende«, »Diskussionsanregende«, »Meinungsbildende« in der *Sabo* als solches erkannt und gewinnbringend umgesetzt wird.

Aber, wir müssen auch mal darauf hinweisen, daß allen, die die *Sabo* aus einem kritisch-solidarischen Verhältnis dazu lesen, bewußt sein sollte, daß wir uns in bezug auf breitdiskutierte Themen auf einer Berg- und Talfahrt befinden. Wir sind in diesem Bereich nämlich darauf angewiesen, *wie* und von *welcher/wem* die in der *Sabo* veröffentlichten Kontroversen aufgegriffen werden.

Richtig: Dispute lassen sich ohne weiteres auch künstlich herstellen, manipulativ bearbeiten und dann zum Pflicht-Politikum hochstilisieren. Aber so weit sind wir noch lange nicht. Und solange ihr uns »bedient« und mit euren diskussionswürdigen Positionen »füttert«, solange haben wir das auch gar nicht nötig.

Und trotzdem: „Normal"- oder Dauerzustand sind 22,5% LeserInnenbriefseiten von insgesamt 40 Seiten Gesamtausgabe beileibe nicht! Auch in

> "Die SPD ... spielt eine wichtige Rolle bei der rassistischen Verdrehung der sozialen Frage. Soziale Probleme werden zur nationalen Schicksalsfrage umgedichtet, indem z. B. Nicht-Deutsche zu Schuldigen für die Massenentlassungen erklärt und die verlogene Schicksalsgemeinschaft des Standort Deutschland propagiert wird."
>
> aus dem AA/BO-Aufruf zur bundesweiten Demonstration gegen den NPD-Bundeskongreß in Passau am 07.02.1998

Impressum
SABOTAGE

erscheint monatlich, Auflage 600 St.
Redaktionsschluß ist jeweils der 20. des Vormonats!

Die *Sabotage* ist erhältlich bei:
Antiquariat Schöbel & Kube HD, AZ HD, Comeback MA, Copy Corner HD, Crazy Diamond HD, Der Andere Buchladen MA, JUMP Walldorf, JUZ MA, LP HD, Neckarpark MA, Nosferatu MA, Schwarzwurzel LU, Stoffwechsel MA oder im
Abonnement: für 5/10 Ausgaben 10/20,- DM in Scheinen oder Briefmarken an die Redaktionsanschrift
oder im **Internet:**
http://www.autonomes-zentrum.com/sabotage/sabotage.htm

HERAUSGEBER:
Autonomes Redaktionskollektiv HD

Redaktionsanschrift:
Sabotage
c/o Autonomes Zentrum
Alte Bergheimerstr. 7a
69115 Heidelberg
Fax: (0 62 21) 2 26 52
e-mail: sabotage@autonomes-zentrum.com

Namentlich gekennzeichnete Artikel stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Das **Redaktionskollektiv** entscheidet über Inhalt und Form der Zeitung. Zusendung von Artikeln ist erwünscht. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Zu den letztendlich abgedruckten redaktionsexternen Texten steht es in einem kritisch-solidarischen Verhältnis. Der Abdruck erfolgt honorarfrei.
anti-copyright: Nachdruck von Texten ist unter Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars ausdrücklich erwünscht.

Inhalte: Die *Sabotage* will Informationen, Positionen und Diskurse veröffentlichen, die durch den bürgerlich-kapitalistischen Medienapparat nicht zugänglich werden. Sie will Menschen aus verschiedenen politischen Bereichen die Teilnahme an Diskussionsprozessen innerhalb der revolutionären Linken ermöglichen.

ViSdP: Kalle Blomquist
Landwehrstr. 1997
44577 Castrop-Rauxel

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Zukunft nicht! Das sind willkommene Ausnahmen.

Im übrigen war das Erstellen der dicken März-Nummer auch mit einer gehörigen Portion Arbeit verbunden, die zu leisten wir auf Dauer nicht imstande sind. Auch hier gilt: 40 Seiten *Sabo* sind (willkommene) Ausnahmen.

Zu dieser Ausgabe, die jetzt doch wieder umfangreicher als erwartet geworden ist: Auch wenn für uns bei der Auswahl der letzten Endes erscheinenden Texte deren **Aktualität** nach wie vor *ausschlaggebendes* Kriterium ist, finden wir es trotzdem wichtig, Artikel, die eher „zeitlosen" Charakter haben, nicht unter den Tisch fallen zu lassen und per verspätetem Abdruck das Risiko der *Bezuglosigkeit* einzugehen. So war das dieses Mal mit den jeweils dreiseitigen Artikeln zu Europol (Seiten 15 bis 17) und zur Totalitarismustheorie (Seiten 26 bis 28) - lange eingeplant, endlich veröffentlicht; hoffentlich noch interesseweckend.

Die übrigen Artikel zu Saalfeld, Nazis in Schweden, zum Freien Radio Rhein-Neckar oder zur KTS Freiburg erfüllen dann aber wieder eindeutig das Aktualitätskriterium. (Was dann aber schließlich aus Platzgründen trotzdem draußen bleiben mußte, waren zwei Sachen, auf die wir an dieser Stelle gerne noch kurz hingewiesen hätten:

1. **Die Castoren sind in Ahaus!** Leider konnte sich der Widerstand aufgrund der überraschenden Vorverlegung des Transporttermins und der Übermacht eines martialischen Polizeiaufgebots von 30 000 Bullen nicht in zufriedenstellendem Maße entfalten. Uns lagen zum Redaktionsschluß Infos zur Repression gegen Castor-GegnerInnen/Anti-AKWlerInnen vor.
2. **Jörg Ulrich und die mit ihm verschleppten Kurden sitzen** - seit Ende Dezember 1997 - **noch immer in KDP-Haft!** Die rückständige, aus feudalen Strukturen hervorgegangene südkurdische Demokratische Partei Kurdistans (KDP) führt seit langem - ob nun mit Saddam Husseins Truppen oder mit der türkischen Armee - einen erbitterten Krieg gegen PKK-Stellungen im Nordirak. Bei einem solchen Gefecht ist der Braunschweiger Antifaschist Jörg Ulrich von KDPlern angeschossen und - zusammen mit anderen - in die südkurdische Stadt Erbil verschleppt worden. Ärgerlicherweise wird das KDP-Folterregime Masud Barzanis von einem Teil der Bündnis-Grünen tatkräftig unterstützt; auch finanziell. Vielleicht können wir in der nächsten *Sabo* eine redaktionelle Bearbeitung des umfangreichen Materials abdrucken, das uns mittlerweile vorliegt.)

Wie wir kurz vor Redaktionsschluß in Erfahrung bringen konnten, hat am 26.03.1998 in Saalfeld ein 15jähriger Bonehead die 14jährige **Jana Georgi**, die sich im links-alternativen Spektrum bewegte, nachmittags gegen 15.45 Uhr auf offener Straße erstochen. Auch wenn die Hintergründe dieses brutalen Mordes noch im unklaren liegen, steht für uns jetzt schon fest: Marodierende Nazi-Banden schrecken - durch staatlichen Rassismus gesellschaftspolitisch gedeckt und damit zu physischer Gewalt ermutigt - auch weiterhin nicht davor zurück, Menschen, die in *irgendeiner* Form aus ihrem deutschnationalen Rahmen herausfallen, zu „eliminieren". Voller Haß auf diese faschistischen Überzeugungstäter widmen wir diese *Sabo* der im (als Nazihochburg bekannten) Saalfelder Stadtteil Gorndorf ermordeten Jana.

Das autonome Redaktionskollektiv

[P. S.: *Das Zitat über den in seinen Rechten bestätigten Wahnsinn stammt übrigens vom französischen Philosophie-Professor Michel Foucault.*]

Nehmen wir uns die Straße!

Antifaschistischer Aktionstag am 30. April 1998

Am 30.04.98 wird in der Heidelberger Innenstadt ein antifaschistischer, internationalistischer Aktionstag stattfinden. Nachdem im letzten Jahr zum ersten Mal kein „Maiansingen" der rechten Studentenverbindungen auf dem Marktplatz stattgefunden hat, werden wir ab diesem Jahr versuchen, den Freiraum zu nutzen und das Datum zu einem Tag der internationalen Solidarität und des sozialen Protests zu machen. Weil selbstverständlich auch der Spaß nicht zu kurz kommen soll, werden wir versuchen eine Party auf der Straße auf die Beine zu stellen. Leider steht das Programm zur Zeit noch nicht fest. Deshalb bitten wir Euch, auf weitere Ankündigungen zu achten. Falls Ihr Euch in irgendeiner Form beteiligen wollt, setzt Euch mit uns in Verbindung! Wir freuen uns über jede Unterstützung.

Der 30.April - ein umkämpftes Datum

Der 30.04. ist in Heidelberg ein Datum mit besonderem Symbolwert. Vor 105 Jahren begründete die Burschenschaft Allemannia eine Tradition, die seither als „Maiansingen" bekannt ist. Jedes Jahr wurde seither der Mai mit volkstümlichem und nationalistischem Liedgut begrüßt. In seinen „besten" Zeiten konnte das „Maiansingen" mehrere hundert Burschenschafter und andere Verbindungsmitglieder auf den Marktplatz locken. Seit dem Vormarsch nationalistischer, deutschtümelnder Einstellungen verstärkte sich der Widerstand, vor allem linker Hochschulgruppen zusehends. Das öffentliche Vortragen des „Deutschlandliedes" in allen drei Strophen und ähnlichem fügte sich in den konservativen rollback in der ganzen Gesellschaft ein. Hinzu kam, daß das Credo der Kohl-Ära „Leistung muß sich wieder lohnen" die Herausbildung von Eliten innerhalb der Gesellschaft nicht mehr nur akzeptierte, sondern bewußt förderte. Das verschaffte den studentischen Verbindungen, die sich immer als Elite der Nation betrachtet hatten, einen neuen Legitimationsschub. So kam es in den 80er Jahren anläßlich des „Maiansingens" zu ersten Konflikten zwischen Linken und Burschenschaftern. Diese blieben jedoch zunächst auf die symbolische Ebene beschränkt. Durch „Gegensingen" und Pfeifkonzerte wurden die Burschenschafter allerdings bereits erheblich gestört.

Als sich jedoch Anfang der 90er das gesellschaftliche Klima weiter deutlich nach rechts verschob und rassistische und nationalistische Parolen nach der „Wiedervereinigung" immer lauter wurden, wuchs auch unter vielen jugendlichen Antifas der Unmut über die Burschenschaften und deren rechtes Liedgut immer mehr. In den Jahren 1991 bis 96 kam es jedes Jahr zu Auseinandersetzungen zwischen AntifaschistInnen und Burschen. Dabei beteiligten sich auf Seiten der Burschen auch immer rechtextreme Hooligans und bekannte Neonazis aus der Region. Durch den zunehmenden Druck nahmen immer weniger Verbindungsstudenten am Singen teil. Vor allem „liberalere" Verbindungen wollten nicht mehr mit den Rechtsaußen von Normannia und Allemannia und deren faschistischen Freunden in einen Topf geworfen werden. So kamen 1996 nur noch ca. 30 Normannen auf den Marktplatz, um von einem großen Polizeiaufgebot geschützt, unter einem gellenden Pfeifkonzert und auch immer wieder Angriffen ausgesetzt ein paar Lieder zu trällern, die niemand hörte, um sich dann in ihren Häusern zu verkriechen.

1997 fand das „Maiansingen" zum ersten Mal nicht auf dem Marktplatz statt. Eine Demonstration, die von der Antifa-Hochschulgruppe und der Autonomen Antifa HD unter dem Motto „Die Verbindungen kappen - Den reaktionären Konsens kippen - Burschenschaften abschaffen!" organisiert worden war, brachte bereits am frühen Abend über 350 Antifaschistinnen und Antifaschisten auf die Straße, und um Mitternacht be-

völkerten etwa 1000 Menschen den Marktplatz. Die Verbindungen ließen sich, wie bereits vorher angekündigt, nicht auf dem Marktplatz blicken. Zwar konnte die bekanntermaßen ultrarechte Burschenschaft Normannia unter Polizeischutz einen Fackelzug mit ca. 60 Teilnehmern auf den Schloßterrassen durchführen, aber:

SABOTAGE

Die Sabo im Abo!

Ja, ich abonniere die Zeitung *Sabotage* für mindestens fünf Ausgaben.

Kostet pro Ausgabe 2,- DM (inkl. Porto).

Ich bestelle: ☐ 5 Ausgaben/10,- DM
☐ 10 Ausgaben/20,- DM

In Europa plus 1,- DM/Ausgabe!
Mehrere Exemplare auf Anfrage!

Name/Vorname .....

Straße/Nr. .....

PLZ/Ort .....

Den Betrag habe ich bar, in Briefmarken oder als Verrechnungsscheck beigelegt.

Das Abo verlängert sich nicht automatisch. Meine Daten werden vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben. Das Abo kann ich jeder Zeit kündigen und erhalte das Restgeld zurück.

Datum/Unterschrift .....

Bitte einsenden an: Sabotage
c/o Autonomes Zentrum,
Alte Bergheimerstr. 7a, 69115 Heidelberg

Die rechten Verbindungen ließen sich auf dem Marktplatz nicht blicken - erstes Etappenziel erreicht.

1998 ...

Der Umstand, daß die Verbindungen endlich aufgegeben haben und ihr „Maiansingen" wohl auch in Zukunft nicht mehr in der Innenstadt durchführen wollen, sollte uns nicht dazu verleiten, uns zurückzulehnen und die Aktivitäten am 30.04. einzustellen. Zum einen sind wir von unserem Ziel „Burschenschaften abschaffen!" noch weit entfernt, zum andern gibt es auch 1998 mehr Gründe denn je, auf die Straße zu gehen, zu protestieren, gemeinsam zu kämpfen und gemeinsam zu feiern. Unser Ziel ist, den öffentlichen Raum, den der Marktplatz seit Jahren am 30.04. darstellt, zu besetzen, den Tag zu einem linken Fixpunkt in Heidelberg zu machen und zu guter Letzt auch den 1. Mai, den traditionellen ArbeiterInnenkampftag, seiner geschichtlichen Bedeutung entsprechend zu beginnen.

... nehmen wir uns die Straße!

In den letzten Monaten ist ein überraschender Aufschwung sozialer Kämpfe von unten zu verzeichnen. Der Kampf des AZ für seinen Erhalt, der die Stadt Ende letzten Jahres über Monate hinweg in Atem hielt, die andauernde Kampagne gegen die Abschiebung der kurdischen Schülerin Fena Özmen, der bundesweite Streik an den Hochschulen, der selbstverständlich auch vor Heidelberg nicht Halt machte, und zuletzt die beginnenden Proteste der Arbeitslosen. Auch wenn sie die Grenzen der „demokratischen Spielregeln" noch nicht überschritten haben und geprägt sind vom Glauben an die Möglichkeit einer „sozialen und gerechten Marktwirtschaft", sind sie doch ein kleiner Lichtblick in der ansonsten deprimierenden gesellschaftlichen Entwicklung. Der nächste Schritt muß sein, die verschiedenen Nischen der Kämpfe zu verlassen, die Gemeinsamkeiten in ihnen zu erkennen und deutlich zu machen, die gemeinsamen Ursachen für die diversen Mißstände zu beleuchten und letztendlich den Widerstand dorthin zu tragen, wo die Verantwortlichen sitzen. Gerade im Jahr der Bundestagswahl und der OB-Wahl in Heidelberg gilt es, Druck von linker Seite aufzubauen, den stumpfen Parolen der Rechten mit ihrem rassistischen „Deut-

sche Arbeitsplätze für deutsche Arbeitnehmer"-Gehetze und den Scharfmachern der „Inneren Sicherheit" - egal ob sie Kanther oder Schröder heißen - eine Perspektive entgegenzusetzen.

Die Entwicklung der letzten Jahre ist erschreckend. Das vom Druck der Konkurrenz zwischen „Kommunismus" und Marktwirtschaft befreite kapitalistische Sytem läßt seine Hemmungen immer mehr fallen. Einschnitte im Bildungs- und Gesundheitswesen, Bewerbungs- und ständige Verfügbarkeitspflicht für Arbeitslose, sinkende Reallöhne, Studiengebühren, Verschärfung des Asylbewerberleistungsgesetz, Zunahme von Kontrollen und Überwachung des öffentlichen und privaten Raums nach dem „Modell New York", die Schließung von selbstverwalteten Jugendzentren und anderer sozialer Einrichtungen, unsichere Renten, die ständige Aushöhlung der Flächentarifverträge, zunehmende Flexibilisierung der Arbeitszeiten und selbstverständlich immer neue Rekord-Arbeitslosenzahlen - das sind die Stichworte der letzten Monate. Begleitet wird dieser „Klassenkampf von oben" von einer politischen Kampagne sondergleichen. Über die Medien, die bis auf wenige Ausnahmen in vorauseilendem Gehorsam alles, was von der Politik vorgegeben wird, unhinterfragt übernehmen, wird die Gesellschaft auf den nationalen Konsens eingeschworen. Als Sündenböcke müssen meist *die* herhalten, die unter den Verhältnissen am meisten leiden: Die Randgruppen und Machtlosen, die „kriminellen Ausländerbanden" und die „Sozialschmarotzer", die „Langzeitstudenten" und die „Asylbetrüger". Mit rassistischen und sozialdarwinistischen Schablonen (ehrliche Worte, wie das „Unwort des Jahres" 1997 „Wohlstandsmüll", sind die Ausnahme) werden Gesetze und Verordnungen begründet, die selbst Errungenschaften der bürgerlichen Revolution hinter sich lassen. Als aktuellstes Beispiel sei hier nur der sogenannte „Große Lauschangriff" erwähnt. Die Angriffe auf demokratische Grundrechte und soziale Sicherungssysteme haben inzwischen Dimensionen erreicht, die vor wenigen Jahren noch unvorstellbar waren und eine neue Qualität der politischen und sozialen Repression in der BRD darstellen. Unser Ziel ist, dagegen Widerstand aufzubauen, gemeinsam mit allen, die die Zustände in diesem Land nicht mehr einfach nur hinnehmen wollen und die bereit sind, sich für einen grundlegenden Wandel einzusetzen. Ein Wandel, der unserer Meinung nach nicht mit, sondern nur gegen die etablierten Parteien durchzusetzen ist. Gerade im Wahljahr 1998 ist es uns wichtig, auf lokaler und bundesweiter Ebene sozialen, außerparlamentarischen Druck aufzubauen, der sich nicht von irgendwelchen trügerischen Versprechungen egal welcher Partei für den Wahlkampf benutzen läßt.

Deshalb rufen wir alle, die die Schnauze voll haben, auf, sich an den Aktionen am 30.April zu beteiligen und selbstverständlich den rechten Verbindungen keinen Fußbreit zu lassen.

Autonome Antifa Heidelberg
organisiert in der

ANTIFASCHISTISCHE AKTION
BUNDESWEITE ORGANISATION

Entwicklung der faschistischen Strukturen in Schweden

Die weltweite Vernetzung der NS-Skinheads

„Nach einer Phase der Umstrukturierung, die von der Entwicklung neuer Konzepte gegen gesellschaftliche Isolierung und staatliche Repression geprägt war, steht der Neonazismus in Deutschland wieder in voller Blüte. Die Massenaufmärsche erreichen ein immer größeres Fußvolk, die rassistische Gewalt nimmt weiter zu und „national befreite Zonen" in Ost und West werden zu No-Go-Areas für alle Andersdenkenden und „Fremden".

Die Gefahr zeigt sich heute in Form einer Subkultur, die den Neonazis in den Jahren der Partei- und Organisationsverbote das Auffangbecken stellte und nachfolgend einen „vorpolitischen Raum" erschloß, von dem aus sie zur „Flucht nach vorne" antreten. [...]"

[entnommen aus: „**Rechtsrock** - *Begleitmusik zu Mord und Totschlag*" - Vortrag des Antifaschistischen AutorInnenkollektivs im Rahmen der aktuellen *Kampagne gegen Rechtsrock* von Antifa-Gruppen im Rhein-Main Gebiet]

Im folgenden Artikel soll der Blick auf die Entwicklung faschistischer Strukturen in Schweden verdeutlichen, wie die Verharmlosung bzw. Nichtbeachtung einer vermeintlich unpolitischen, obwohl offensichtlich rechten Skinhead-Subkultur derselben zum Aufschwung verhelfen konnte.

Die Entwicklung der extremen Rechten in Schweden

Die extreme Rechte hat in Schweden, im Gegensatz zu den meisten anderen europäischen Ländern, nie eine größere Rolle gespielt. In den 30er Jahren gründeten sich zwar zahlreiche NS-Organisationen, doch lagen ihre Ergebnisse bei landesweiten Wahlen für gewöhnlich nicht über 1 bis 1,5 %. Die damals bedeutendste Organisation war die **„Schwedische National Liga"** (SNL), eine ehemalige Jugendorganisation der Konservativen Partei. Bereits kurz nach ihrer Gründung im Jahre 1912 hatten sich innerhalb der SNL starke antisemitische Strömungen herausgebildet. Nach der Machtübergabe an Hitler 1933 trennte sie sich von der Konservativen Partei, bekundete öffentlich Sympathie für Hitler und gründete sogar lokale SA-Einheiten. Während des Zweiten Weltkrieges organisierte sie Kampagnen für einen Einwanderungsstopp für JüdInnen und deutsche Flüchtlinge. Die Mitglieder der SNL kamen größtenteils aus StudentInnenkreisen. Zahlreiche von ihnen verließen nach dem Krieg die Partei und machten in bürgerlichen Parteien Karriere.

Die Nachkriegsjahre

In den Nachkriegsjahren spaltete sich die schwedische Nazi-Szene in eine Vielzahl politisch unbedeutender Gruppen auf. Die wichtigsten darunter waren neben der SNL die **„Bewegung Neues Schweden"** sowie die **„Nordische Reichs Partei"**. Die „Bewegung Neues Schweden" wurde 1946 von *Per Engdahl* gegründet und verstand sich als Sammelbecken für intellektuelle Faschisten. Ideologisch war sie stark am italienischen Faschismus orientiert. Engdahl war der Hauptorganisator der „nordic lifeline", über die die Flucht von NS-Verbrechern nach Südamerika organisiert wurde. 1951 organisierte Engdahl in Malmö den „Europäischen Nationalkongreß", an dem Faschisten aus fast allen westeuropäischen Ländern sowie aus Ungarn teilnahmen und auf dem die „Europäische Sozialbewegung", als Versuch einer europaweiten faschistischen antikommunistischen Vernetzung, gegründet wurde.

Die „Nordische Reichs Partei" wurde 1955 von *Goran Assar Oredson* und seiner deutschen Frau Vera gegründet. Sie stellte eine Organisationsplattform für Hitleristen und traditionelle NS-Faschisten dar. In den 80er Jahren versuchte die Jugendorganisation der Partei, verstärkt Einfluß auf die Skinhead-Szene zu nehmen. Zahlreiche

Skins („Boneheads") traten der Partei bei, wo sie dann ideologisch geschult und radikalisiert wurden. Mitte der 80er Jahre verübten einige dieser Skins mehrere Morde an Schwulen. Ca. 50 Parteimitglieder aus dem Raum Göteborg mußten sich in diesem Zusammenhang vor Gericht verantworten.

Neuere Tendenzen

Bis zum Ende der 80er Jahre waren die Faschisten in Schweden sowohl parlamentarisch als auch gesellschaftlich kaum von relevanter Bedeutung gewesen. Dies sollte sich nun entscheidend ändern. Eine wesentliche Ursache hierfür lag in einem gesamtgesellschaftlichen Rechtsruck. Im Zuge der globalen politischen Veränderungen und beeinflußt durch einige spezifisch schwedische Faktoren (z. B. der Mord an Olof Palme), entwickelten sich die beiden großen schwedischen Volksparteien mehr und mehr nach rechts. Eingeläutet wurde diese Entwicklung mit dem Regierungswechsel 1991. Die bis dahin eher unbedeutenden Konservativen lösten die seit fast 60 Jahren regierenden SozialdemokratInnen ab. Doch auch der erneute Regierungswechsel drei Jahre später änderte nichts an dieser Entwicklung. Dieser politische Rechtsruck wirkte sich auf die gesamte Gesellschaft aus und ebnete so der extremen Rechten den Weg. Deutlich sichtbar wurde dies durch den Aufstieg der 1988 gegründeten **„Schwedischen Demokraten"**. Diese Partei geht auf die 1979 gegründete Anti-Immigrations-Organisation „Keep Sweden Swedish" zurück und stellt ein Bindeglied zwischen nationalem Konservatismus und Faschismus dar. Nach außen hin vertritt die Partei, deren RepräsentantInnen stets auf ein seriöses Auftreten achten, vor allem Anti-Immigrations-Parolen; interne Veröffentlichungen schrecken jedoch auch vor offen antisemitischen Äußerungen nicht zurück. Bei den Wahlen 1991 erhielt die Partei 5000 Stimmen und konnte in zwei Gemeinderäte einziehen. 1994 konnten sie dieses Ergebnis sogar noch mehr als verdoppeln. Damit haben die „Schwedischen Demokraten" das höchste Wahlergebnis einer faschistischen Partei seit den vierziger Jahren erreicht - und die Tendenz ist eher steigend.

Antisemitische Darstellung in einer Hammerskinpublikation

Entwicklung der militanten Nazi-Szene

Doch nicht nur auf das Parteienspektrum hat sich der Rechtsruck ausgewirkt. Fast noch gravierender ist die Entwicklung in der Skinhead-Szene zu beurteilen. Mitte der 80er Jahre gab es in Schweden eine relativ kleine militante Nazi-Skin Szene, die größtenteils der „Nordischen Reichs Partei" bzw. deren Jugendorganisation, den „Reichspartei Aktionsgruppen" zuzuordnen war. Als es 1985 zu dem bereits erwähnten Prozeß gegen die Göteburger Skins kam, begann die „Nordische Reichspartei", sich um ihr Image zu sorgen und distanzierte sich von ihren Skinhead-AnhängerInnen - ein schwerer Schlag für die NS-Skins, die damit ihrer Organisationsstruktur beraubt wurden und sich zudem von den eigenen Kameraden verraten fühlten. Der Versuch, sich mittels der „Keep Sweden Swedish"-Bewegung zu reorganisieren, schlug ebenfalls fehl, da auch diese auf ihr Saubermann-Image bedacht war. Die NS-Skins waren somit gezwungen, sich ihre eigenen Strukturen aufzubauen. Dabei sollten vor allem zwei Ansätze eine Rolle spielen: die aus England stammende **Blood&Honour**-Bewegung („Blut und Ehre") und der an die US-Terrororganisation „The Order" angelehnte „White Aryan Resistance".

Da die geschwächte NS-

Skin-Szene der 80er Jahre nicht das Potential besaß, sich selbst aus der strukturellen Krise zu manövrieren, luden schwedische Nazis den englischen Nazi-Skinhead-Führer und Sänger der Band *Skrewdriver* Ian Stuart Donaldson (der 1993 bei einem Autounfall ums Leben kommen sollte) nach Schweden ein, um gemeinsam nach einem möglichen Ausweg zu suchen. Bei einem Treffen in der südlich von Stockholm gelegenen Kleinstadt Södertälje sicherte Stuart den Schweden die Unterstützung der Briten zu. Im Zentrum der gemeinsamen Arbeit sollte eine neue Zeitschrift stehen: „White Rebel". Die schwedischen Nazis sollten die redaktionelle Arbeit machen, während von britischer Seite Finanzierung und Vertrieb organisiert würden. Ziel der gemeinsamen Arbeit sollte der Aufbau eines schwedischen Arms der Blood&Honour-Bewegung sein.

Blood&Honour

Bei Blood&Honour handelt es sich um einen von Ian Stuart gegründeten NS-Skin-Zusammenschluß. Die Ursprünge der Bewegung gehen auf die „Rock against Communism"-Bewegung der National Front (NF) aus den frühen 80er Jahren zurück. Da sich die Skins jedoch von der NF ausgenutzt fühlten, kam es zum Bruch der Verbindung, und Stuart gründete gemeinsam mit anderen Musikern (u. a. *No Remorse*) Blood&Honour. Ziel des Zusammenschlusses ist, über die organisatorische Strukturierung der rechten Musik-Szene die NS-Skin-Szene ideologisch zu festigen und strukturell zu stabilisieren. So organisiert Blood&Honour Konzerte für NS- Bands, vertreibt deren Musik und gibt auch eine eigene Zeitschrift heraus. Dabei betont Blood&Honour stets, daß für sie nicht das Skinsein im Vordergrund stehe, sondern ihre politische Überzeugung als Nationalsozialisten. In den Artikeln ihrer Zeitschrift „Blood&Honour" wird die Theorie von der „Verschwörung des Weltjudentums" (**ZOG** - „Zionist Occupied Government") vertreten, sowie das Konzept des **RAHOWA** (**Ra**cial **H**oly **Wa**r) gegen alle „Nicht-Arier" propagiert. Dieser militante Faschismusbegriff wird auch durch die intensiven Verbindungen der Organisation zu der 1992 gegründeten faschistischen Terrororganisation **Combat 18** deutlich. Die nach dem Prinzip geheimer militanter Zellen aufgebaute Terrorgruppe richtet sich in erster Linie gegen Linke und gilt damit auch der deutschen **Anti-Antifa** als Vorbild.

Weitere Verbindungen der militanten Nazi-Szene

Neben den Verbindungen auf die Insel gab es jedoch auch Kontakte schwedischer Skins zu US-amerikanischen Nazis. Besondere Bedeutung kam in diesem Zusammenhang dem NS-Terroristen David Lane zu. Lane, der aufgrund seiner Beteiligung an zahlreichen Anschlägen der Mitte der 80er Jahre aktiven Nazi- Terrororganisation **„The Order"** (u. a. Mord am jüdischen Talkshowproduzenten Allen Berg) zu 150 Jahren Gefängnis verurteilt worden ist, avancierte mit der von ihm verfaßten Terroristenbibel „Turner Diaries" zu einer zentralen Identifikationsfigur für die militante Nazi-Szene. Mehrere schwedische Faschisten begannen einen regelmäßigen Briefwechsel mit Lane, wodurch sie mit der US-Organisation **Aryan Nation**, die eng mit „The Order" zusammengearbeitet hatte, in Kontakt kamen. In Anlehnung an ihre amerikanischen Vorbilder gründete eine Gruppe von Stockholmer Skins 1991 den **„VAM" („Vit ariskt Motstand" = „Weißer Arischer Widerstand").**

White Aryan Resistance

Ideologisch und strukturell basiert die Gruppe größtenteils auf den bereits erwähnten „Turner Diaries". Sie vertritt einen militanten Nationalsozialismus, in dessen Zentrum, ähnlich wie bei Blood&Honour, die Überlegenheit der arischen Rasse und ein radikaler Antisemitismus stehen. Strukturell orientieren sie sich stark am Konzept des „leaderless resistance", einem am **Werwolf**-Konzept angelehnten Ansatz. So gibt es beim VAM keine formalen Mitgliedsstrukturen, sondern die gesamte Struktur ist streng konspirativ. Angestrebt wird dabei ein Netz von „autonom"

organisierten Nazizellen, die über ihre gemeinsame Ideologie miteinander verbunden sind, aber weitgehend dezentral und selbständig handeln. Diese „militanten Widerstandskämpfer" sollen in der Vorphase der angestrebten „nationalen Revolution" als Terroristen das bestehende System angreifen und so die Revolution vorbereiten. Durch Wehrsportübungen und ideologische Schulungen sollen die „Werwölfe" auf ihre zukünftige Tätigkeit vorbereitet werden. Parallel dazu soll eine entsprechende Infrastruktur (Waffendepots etc.) aufgebaut werden. Um diese Strukturen zu errichten, verübten Mitglieder des VAM eine Reihe von Überfällen. Am 11.04.91 erbeuteten sie in einer Stockholmer Polizeistation 36 Sig-Sauer Automatikpistolen. Eine Reihe von Banküberfällen, bei denen umgerechnet 1,3 Millionen DM erbeutet wurden, folgte. Am 27.07.91 wurden zwar vier Mitglieder des VAM, darunter auch deren Führer Karl Lund, nach einem Überfall in der nordschwedischen Stadt Vemdalen verhaftet, der Großteil der Beute konnte jedoch nicht sichergestellt werden.

Zine der Hammerskinsektion Berlin

Kontakte nach Deutschland

Neben seinen Verbindungen in die USA unterhält der schwedische VAM auch intensive Kontakte zu deutschen Neonazis. 1992 gründete sich in Berlin, angeregt durch den VAM, der „Weiße Arische Widerstand". Den Führungskern der Gruppe bildeten *Bendix Wendt*, *Roberto Elgert*, die damals in einem von Nazis besetzten Haus in Ost Berlin lebten, sowie *Hans-Jörg Schimanek jr.*, der inzwischen in Österreich inhaftiert ist.

In der von ihnen herausgegebenen Zeitung „NS-Denkzettel" veröffentlichten sie Auszüge des Werwolf-Handbuches „Winke für Jagdeinheiten" und propagierten den Aufbau von Werwolf-Strukturen. Ihre Anhänger wurden im Bau von Bomben unterrichtet und durch Wehrsportübungen, die im Raum Halbe/Königs-Wusterhausen und auf Rügen stattfanden, auf ihre zukünftige Tätigkeit vorbereitet. Welches Potential dabei entstand, wurde letzten Februar deutlich, als der Anfang der 90er zum Werwolf ausgebildete *Kai Diesner* auf den Berliner PDS-Buchhändler Klaus Baltruschat sowie auf zwei Polizisten schoß, wobei ein Polizist starb und der Buchhändler schwer verletzt wurde.

Enge Kontakte bestehen zwischen der Berliner Gruppe „Weißer Arischer Widerstand" und den Berliner **Hammerskins**. Die Hammerskins bezeichnen sich als „weiße rassische Bruderschaft" und führen heute weltweit Sektionen. Als deutsche Kontaktadresse der Hammerskins fungiert ein Postfach von *Marco Grün* in Schwetzingen. (siehe Kästen)

Hammerskins

Die Hammerskins wurden von *Hollin Lange* und *Scan Tarrent* im Jahre 1986 in Dallas/Texas USA gegründet. Das Symbol der gekreuzten Hammer kommt daher, daß der Hammer in den USA als das Zeichen der weißen Arbeiter gilt. Das Ziel der Organisation ist, alle weißen, nationalen Kräfte zu vereinen. Hammerskin-Sektionen gibt es derzeit in den USA, Kanada, Australien und Europa (Schweiz, Deutschland, England, Frankreich, Tschechien, Irland, Schweden).

Ultima Thule

Doch nun wieder zurück nach Skandinavien. 1993 unterschrieb die schwedische Skinhead-Band **Ultima Thule** einen Vertrag mit einer großen Plattenfirma und veröffentlichte ihr Album „Viking Power Rock'n'Roll". Innerhalb weniger Wochen wurde aus der bis dahin unbekannten Band, die von ihren bisherigen Alben nur einige hundert Exemplare

Naziskin-Band Ultima Thule, Schweden

verkauft hatte, ein „Top-Act". In nur zwei Wochen hatte die LP bereits drei goldene Schallplatten eingespielt und befand sich an der Spitze der Hitparade. Faschistische Musik hielt Einzug in die Teenie-Zimmer und innerhalb kürzester Zeit vervielfachte sich die Anzahl der Skins in Schweden. So gab es 1990 in Stockholm „nur" ca. 75 Nazi-Skins. 1995 waren es bereits mehr als 1000.

Die Kündigung des Plattenvertrags mit Ultima Thule durch das Label, das aufgrund der rasanten Entwicklung unter heftige öffentliche Kritik geraten war, konnte den einmal ausgelösten Prozeß auch nicht mehr aufhalten, zumal seine Position schnell durch von Nazis gegründete Plattenfirmen übernommen wurde.

Nordland

Die bedeutendste dieser Firmengründungen war **Nordland** (Nordland/88 music), das von *Torulf Magnusson* in Linköping bei Stockholm geleitet wird und dem VAM nahesteht. Schnell entwickelte es sich zu einem national wie international bedeutenden Label für NS-Musik. Seit 1995 bringt der Stockholmer Skin und Nordland-Mitarbeiter *Patrik Asplund* außerdem noch das Hochglanz-Magazin „Nordland" heraus. Das professionell aufgemachte, teilweise über 80 Seiten dikke Magazin erschien anfangs in einer Auflage von 15000 und wurde an zahlreichen Schulen kostenlos verteilt. Inzwischen verbreitet es das faschistoide Gedankengut seiner Herausgeber sogar in 20000facher Auflage. Neben den Verbindungen zum VAM steht Nordland auch in engem Kontakt zum 1993 von George Burdi (alias George Eric Hawthorne) gegründeten US-Label **Resistance**, das ebenfalls ein gleichnamiges Magazin herausgibt. Gemeinsam versuchen beide Firmen, den weltweiten Vertrieb von NS-Musik zu organisieren.

Marco Grün und die ANK

Marco Grün zählte zusammen mit *Manfred Huck*, *Christian Hehl*, *Michael Petri* u.a. zu den faschistischen Kadern, die 1995 wegen Fortführung der 1992 verbotenen „Deutschen Alternative" (als ANK [Aktionsfront Nationaler Kameraden]) angeklagt waren. Dieser Kreis organisierte in den Jahren 1994/95 Kroatienaufenthalte für ANK-Mitglieder aus dem Rhein-Neckar-Kreis, wofür ihnen von der faschistischen HOS das nötige militärische Rüstzeug zur Verfügung gestellt wurde. Geplant war von diesem Personenkreis die Umsetzung der Anti-Antifa-Kampagne auf militärischem Weg: Geschulte Kommandos sollten, so lautete die Planung, Waffen und Sprengstoff besorgen und den politischen Gegner ausschalten. Ein anvisiertes Opfer war zum Beispiel der Mannheimer Staatsanwalt *Hans-Heiko Klein*.

Anlaufstelle für die aus dem jugoslawischen Kriegsgebiet zurückkehrenden Nazi-Aktivisten war zu dieser Zeit eine Wohngemeinschaft von *Christian Hehl*, *Manfred Huck*, *Marc Eichler* und *Sandra Kremsmeyer* in Ketsch.

Das Geschäft mit NS-Musik ...

In der Zwischenzeit hat sich das Geschäft mit NS-Musik zu einer wichtigen Finanzquelle für die militante NS- Szene entwickelt. Hunderttausende von CDs, deren Produktionskosten bei ca. fünf DM liegen, werden weltweit zu Preisen von umgerechnet 30 DM verkauft. Die enormen Gewinne fließen in die Taschen faschistischer Organisationen. Wie bedeutend diese Einnahmen für die Organisationen sind, wird an der Auseinandersetzung deutlich, die zwischen Nordland/Resistance und der zweiten wichtigen NS-Plattenfirma in Schweden - **Ragnarock Records** - entbrannt ist, die in der südschwedischen Stadt Helsinborg von Erik Blücher betrieben wird und der Blood&Honour-Bewegung bzw. Combat 18 nahesteht. Bei dem Kampf um die Vorherrschaft auf dem NS-Musik Markt schrecken beide Seiten inzwischen auch nicht mehr vor dem Einsatz von Briefbomben und Schußwaffen zurück.

... in der Rhein-Neckar-Region

Auch in der BRD versucht die Nazi-Szene, über faschistische Musik an neue Anhänger und Finanzmittel zu gelangen. Rechte Plattenversände und Szene-Läden sind in den letzten Jahren auch in der BRD wie Pilze aus dem Boden geschossen. Neben der Anbindung meist sehr junger neuer Anhänger an die Neonazi-Bewegung ist hier auch ein äußerst lukrativer „Markt" entstanden. So betätigen sich in der Rhein-Neckar-Region *Christian Hehl* (Hehl's World), *Alexander Feyen* (Wiking-Tonträger-Versand, Hemsbach), *Michael Schill* (Asgaard-Versand, Sinsheim) auf dem „Kultur"-Sektor. Sie alle sind seit längerem als Kader faschistischer Strukturen aktiv. Ihr plötzliches Engagement im kulturellen Bereich läßt nur den Schluß zu, daß hier Strategien zugrunde liegen, verstärkt Einfluß auf Jugend- und Jugendsubkultur zu gewinnen. Die zahlreichen Neugründungen rechter Skinbands und Fanzines durch teilweise extrem junge Skins verdeutlichen die erfolgreiche Umsetzung dieser Strategie. Auch in der Rhein-Neckar-Region sind sie in einigen Ortschaften dem Ziel, die Jugendkultur „von rechts" zu dominieren, recht nahe gekommen.

Deshalb muß die Antwort auf diese Versuche für alle AntifaschistInnen heißen:

Nazistrukturen angreifen!

Autonome Antifa Heidelberg
organisiert in der

ANTIFASCHISTISCHE AKTION
BUNDESWEITE ORGANISATION

Marco Grün (Fahne), Christian Hehl (Sonnenbrille) und Manfred Huck (rechts) bei einem Aufmarsch in Langen Anfang der 90er

Quellen

- Vortragsmanuskript der schwedischen Zeitschrift „**Expo**" über die Entwicklung in Schweden
- Antifaschistisches Autorenkollektiv (Hrsg.): **Drahtzieher im braunen Netz**. Hamburg, 1996, Konkret Literatur Verlag
- **Antifaschistisches Info Blatt** Berlin, Nr. 34, 1996
- **Antifaschistisches Info Blatt** Berlin, Nr. 40, 1997
- **Antifaschistisches Info Blatt** Berlin, Nr. 41, 1997
- Fromm/ Kernbach: **Europas braune Saat** München, 1994, Aktuell Verlag
- Jens Mecklenburg (Hrsg.): **Handbuch deutscher Rechtsextremismus**, Berlin, 1996, Elephanten Press

Antifa-Nachrichten in Kürze

Saalfeld

Am Samstag, den 14.03.98 demonstrierten im thüringischen Saalfeld über 4000 Antifaschistinnen und Antifaschisten unter dem Motto „Antifaschismus läßt sich nicht verbieten - Stoppt faschistische und rassistische Übergriffe!". Durch die Präsenz von vermutlich 5000-6000 PolizistInnen und BGS-Truppen geschützt, konnten auch etwa 150 Anhänger der NPD einen Marsch in Saalfeld durchführen.

Ähnlich wie bereits im Oktober 1997, als eine antifaschistische Demonstration durch rigoroses Durchgreifen der staatlichen Schlägertrupps verhindert wurde und über 400 AntifaschistInnen über mehrere Tage hinweg unter menschenrechtswidrigen Bedingungen festgehalten wurden, gingen Polizei und BGS auch jetzt wieder äußerst repressiv gegen anreisende DemoteilnehmerInnen vor. Bereits der Auflagenkatalog für die (übrigens keineswegs verbotene) Demonstration kam einer versuchten Verhinderung gleich. Die Demonstration sollte sich zum Beispiel in Blöcken von nicht mehr als 50 Meter Länge, durch jeweils zehn Meter Abstand von einander getrennt, formieren. Praktisch alle Anreisenden mußten sich langwierigen Vorkontrollen unterziehen, weshalb die Demo, die eigentlich für 14.00 Uhr angesetzt war, erst um 16.30 Uhr (!!) beginnen konnte. Selbst zu diesem Zeitpunkt waren noch bei weitem nicht alle, die an der Demo teilnehmen wollten, in Saalfeld angekommen. Am härtesten sprangen die Einsatzkräfte mit den Insassen von zwölf Bussen aus Berlin und Leipzig um. Nachdem diese sich geweigert hatten, sich durchsuchen zu lassen und gefordert hatten, ohne weitere Verzögerungen zur Demo gelassen zu werden, wurden sie von Sondereinheiten der Polizei unter Einsatz von Schlagstöcken und Reizgas angegriffen, was der Innenminister von Thüringen, Richard Dewes, noch am selben Tag dementierte. Letzten Endes konnte die Demonstration aufgrund des äußerst disziplinierten Verhaltens der DemonstrantInnen, die sich auch während der Demo von den ständigen Provokationen der Polizei nicht aus der Ruhe bringen ließen, zwar durchgeführt werden, die meisten TeilnehmerInnen werden wohl trotzdem mit einem miserablen Gefühl heimgefahren sein. Den staatlichen Stellen ist es gelungen, das sogenannte Recht auf Versammlungsfreiheit praktisch auszuhebeln, ohne sich die Hände mit einem ausgesprochenen Versammlungsverbot schmutzig zu machen. Wir waren nicht in der Lage, diesem Vorgehen, für das der Begriff „Staatsterrorismus" mehr als zutreffend ist, etwas Wirksames entgegenzusetzen: die Faschisten konnten einen Aufmarsch durchführen und gleichzeitig wurden über 100 GenossInnen festgenommen. Es wird eine der schwierigsten Aufgaben der antifaschistischen Bewegung sein, Antworten auf die vielen Fragen, die sich nach Saalfeld aufdrängen, zu finden.

Reizgaseinsatz gegen Antifas

Lübeck

Ebenfalls am 14.03.98 fand in Lübeck ein Aufmarsch des „Bündnis Rechts für Lübeck" statt. Das Bündnis ist eine NPD-nahe Sammelorganisation, die bereits durch versuchte Aufmärsche aufgefallen ist. Obwohl zahlreiche Antifas nach Saalfeld gereist waren, kam es zu vehementen Angriffen auf die Nazi-Demo in Lübeck, bzw. zu Auseinandersetzungen mit den Poizeikräften, die die Nazis vor antifaschistischen Aktionen schützte. Durch den Polizeischutz gelang dem „Bündnis Rechts" die Durchführung des Aufmarsches mit einer Beteiligung von etwa 300 Faschisten. Etwa 400 Antifaschistinnen und Antifaschisten wurden mit teilweise abstrusen Begründungen festgenommen und auch hier unter menschenunwürdigen Verhältnissen festgehalten.

Autonome Antifa HD

Polizei neuen Typs

Ermitteln, überwachen, festnehmen

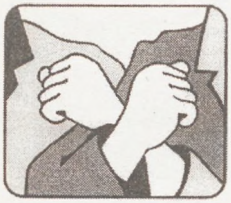
Über die umfassenden Befugnisse der europäischen Polizeibehörde Europol

Nachdem BRD-Innenminister und Ober-Sheriff Manfred Kanther (CDU) das Jahr 1998 zum „Sicherheitsjahr" erklärt hat und das Thema „Innere Sicherheit" eines der beherrschenden Wahlkampfthemen sein wird, werden in dieser und den folgenden Sabos *wohl immer wieder Begriffe wie „Polizei- und Überwachungsstaat", „law and order" oder „Kriminalitätsbekämpfung" von den verschiedensten Gruppen und Zusammenhängen thematisiert werden. Den Anfang macht ein Text aus Karlsruhe, den wir der Januar-Ausgabe des* **Terminator**, *der Programmzeitschrift für FreundInnen der EX-Steffi & der Schwarzwaldstraße 79, entnommen haben. Der Text, der sich mit der europäischen Polizeibehörde „Europol" auseinandersetzt und eigentlich bereits in der Februar-*Sabo *hätte abgedruckt werden sollen, ist so umfangreich, daß wir ihn an einigen Stellen geringfügig kürzen mußten.* - Sabotage

Das in den letzten Wochen von Bundesrat und Bundestag beschlossene Europol-Gesetz liefert einen rechtlichen Rahmen für eine neue Behörde, der eher auf einen Geheimdienst als eine reguläre Polizei zugeschnitten ist. Der Zuständigkeitsbereich von Europol ist dabei noch recht konventionell gefaßt: Derzeit ist Europol für die Bekämpfung des internationalen illegalen Drogen- und Menschenhandels sowie für jede Form von Geldwäsche zuständig; sie soll die Verschiebung radioaktiver Materialien verhindern, Fluchthilfeorganisationen verfolgen und Kraftfahrzeugkriminalität aufdecken. Außerdem sollen die BeamtInnen gegen Terrorismus und sexuellen Mißbrauch vorgehen. Für die nähere Zukunft ist dann eine Erweiterung der Delikte, die die supranationale Behörde verfolgen soll, geplant: Organhandel, Betrugsdelikte, Computerkriminalität, illegaler Handel mit bedrohten Pflanzenarten, Produktpiraterie oder Fremdenfeindlichkeit; kurz: nahezu alle Verstöße gegen materielles Strafrecht außer Falschparken an der Grenze und Meineid.

Eigenes Informationssystem

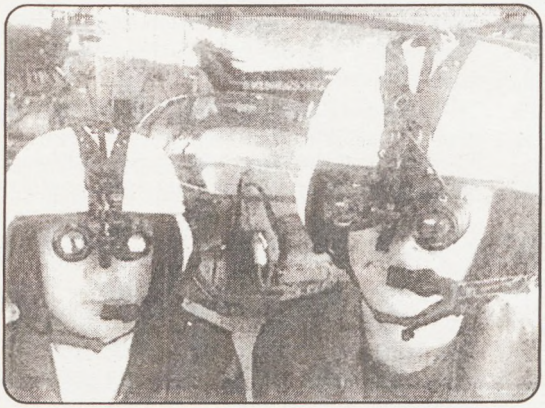
Die Arbeitsweise von Europol sprengt den Rahmen der bislang in den westlichen Demokratien üblichen Polizeiarbeit aber in jeder Hinsicht. Neben der Erhebung und Auswertung von Daten sind die „Vermittlung von Spezialkenntnissen" für nationale Polizeibehörden, Beratungstätigkeiten für strategische Ressourcenplanungen und Fortbildung von PolizeibeamtInnen wesentliche Aufgaben, denen Europol - betrachtet mensch das Vortragspensum ihres Direktors und die Veröffentlichungen ihrer MitarbeiterInnen - mit einigem Engagement nachgeht. Für die Arbeit mit Daten und Dateien hat Europol ein eigenes Informationssystem entwickelt, das mittelfristig mit dem Schengener Informationssystem gekoppelt werden soll. Europol bezieht Daten von allen nationalen Polizeibehörden, die sie durch eigene Analysen und Recherche ergänzen kann. Bemerkenswert dabei ist, daß nicht nur mutmaßliche StraftäterInnen erfaßt werden, sondern auch „Personen, bei denen schwerwiegende Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß sie Straftaten begehen werden, für die Europol zuständig ist". Jede überprüfbare Kontur verliert der bei Interesse zu überwachende Personenkreis durch die Möglichkeit, auch Angaben über Personen zu sammeln, die „bei einer künftigen Strafverfolgung als Zeugen in Betracht kommen" oder bei denen „bestimmte Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß sie Opfer einer solchen Straftat werden kön-



nen", Personen, die „Kontakt- oder Begleitperson eines potentiellen Täters, Opfers oder Zeugen" sind, oder die „Informationen über die betreffenden Straftaten liefern können".

Weitergabe von Daten

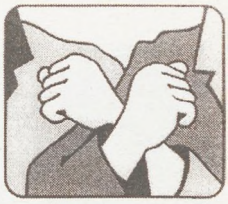
Ähnlich umfassend wie die Auswahl der Personen, die erfaßt werden, ist auch das Spektrum der gespeicherten Informationen: Neben Standardangaben wie Namen, körperliche Merkmale, Tatvorwurf oder Verurteilungen können nach der „Durchführungsbestimmung zu den Analysedateien" auch Erkenntnisse über das „Sexualleben einer Person, zu ihrer rassischen Herkunft, politischen und religiösen Überzeugung" eingegeben werden. Daß dabei dem Grundsatz Rechnung getragen werden soll, daß zu tatnahen Personen mehr Daten gespeichert werden dürfen als zu tatfernen (wie ZeugInnen und HinweisgeberInnen), entschärft diese umfassende und von allen DatenschützerInnen scharf kritisierte Regelung nicht - zumal die Europol-Konvention in weitem Umfang auch die Weitergabe von Daten an Drittstaaten und Drittstellen vorsieht. Es besteht nicht nur die Gefahr, daß hier in hohem Maße sensible Angaben exzessiv erfaßt und ausgewertet werden, auf jeden Fall wird die Trennung von Prävention und Strafverfolgung, ein wichtiges Element der Gewaltenteilung, gänzlich aufgehoben. Damit gewinnt die Polizei als Exekutivorgan gegenüber der Staatsanwaltschaft als Teil der Jurisdiktion an Bedeutung.



Mit diesen Bildverstärkern ist auch eine Überwachung im Dunkeln möglich

Fast unbeschränkte Erfassungsmöglichkeiten

Im Verfahren selber wird *so* ein Trend radikalisiert, der sich in der Bundesrepublik auch bei der Arbeit der regulären Polizeibehörden seit langem abzeichnet: Das Ermittlungsverfahren, in dessen Verlauf Verdächtige kaum Rechtsschutz genießen, weil sie in der Regel nichts vom Vorgehen der Polizei wissen, wird weiter ins Vorfeld der Verdachtsgewinnung ausgedehnt. Das Strafverfahren, in dem Beschuldigte über eine Vielzahl von Einflußmöglichkeiten verfügen, droht so zum bloßen Anhängsel zu werden, das nur noch bestätigt, was die Polizei mit ihrer Arbeit vorbereitet hat. Das gilt vor allem angesichts der ständigen Ausdehnung des Einsatzes geheimer Ermittlungsmethoden wie z. B von Nicht-PolizeibeamtInnen verdeckt durchgeführte Verhöre, mit denen das Recht Beschuldigter auf Aussageverweigerung umgangen wird, oder den zunehmenden Einsatz von V-Leuten, die von sich aus Verdächtige zur Begehung kontrollierter Straftaten motivieren. Gleichzeitig werden auch die Eingriffsmöglichkeiten, die die Grundrechte möglicher StraftäterInnen, ZeugInnen und Kontaktpersonen in erheblichem Umfang zur Disposition stellen, immer weiter ausgedehnt: Vom Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung beispielsweise bleibt angesichts der fast unbeschränkten Erfassungsmöglichkeiten nichts mehr. Die Möglichkeiten des Großen Lauschangriffs, die heute schon in manchen bundesdeutschen Polizeigesetzen als Maßnahmen der Gefahrenabwehr festgeschrieben sind, ergeben zusammen mit den Erfassungs- und Analysemöglichkeiten von Europol, die eine Trennung von Strafverfolgung und Gefahrenabwehr nicht kennt, beeindruckende Möglichkeiten zur Nutzung so gewonnener Angaben.



Mangel an Kontrollmöglichkeiten

Verschärft werden diese Gefahren durch den Mangel an Kontrollmöglichkeiten und gesetzlichen Normen, die BürgerInnen den Verfahrensgang tranparent machen könnten. Europol ... unterliegt weder der Kontrolle der Regierungen noch der des Europäischen Parlaments oder der Europäischen Kommission. Art. 30 der Europol-Konvention schreibt vielmehr ausdrücklich vor, daß Europol-Beamte „von keiner Regierung, Behörde, Organisation" Weisungen entgegennehmen dürfen. Der Verwaltungsrat „sorgt", „wirkt mit" und „billigt" lediglich, hat aber ebenfalls keine Kontrollbefugnisse. ... Auch eine Kontrolle des Europol-Haushaltes ist nicht vorgesehen. Zudem gibt es auf EU-Ebene keine Generalstaatsanwaltschaft, die Herrin (???, Anm. d. Red.) der von Europol faktisch betriebenen Ermittlungen wäre.

(...) Wie in Strafverfahren mit Beweisen umgegangen werden kann, die durch die datenschutzrechtlich bedenkliche Europol-Analyse-Tätigkeit gewonnen worden sind, ist ebenso unklar wie die Möglichkeiten individuell Betroffener, sich gegen Europol selbst und die dortige Datenverarbeitung zu wehren. Schon der Auskunftsanspruch gegen Europol ist restriktiv geregelt. Sollte die Antwort auf die Frage nach erhobenen personenbezogenen Daten z. B. die „öffentliche Ordnung eines Mitgliedsstaates" stören können, darf sie verweigert werden. Individueller Rechtsschutz gegen Europol besteht kaum: Der Europäische Gerichtshof soll dafür nicht zuständig sein. Allenfalls besteht für eine/n bundesdeutsche/n Bürger/in die Möglichkeit, beim Verwaltungsgericht Wiesbaden [BKA-Sitz] zu klagen, ... Außerdem existiert die Möglichkeit zur Beschwerde bei der „Gemeinsamen Kontrollinstanz", die im Erfolgsfall diese Wirkung hätte:

„Die gemeinsame Kontrollinstanz richtet von ihr als notwendig angesehene Bemerkungen an den Direktor von Europol und fordert ihn auf, auf diese Bemerkungen zu antworten. Im Falle von Schwierigkeiten befaßt die Kontrollinstanz den Verwaltungsrat."

Dieses Gremium, das zweimal jährlich zusammentritt, kann dann ... eine „Stellungnahme zu den Bemerkungen abgeben". (...)

Keine Schranken

In diesem Zusammenhang gewinnt auch die Immunitätsregelung an Bedeutung, auf die sich die liberalen KritikerInnen von Europol in den Wochen vor der Verabschiedung des Ratifizierungsgesetzes eingeschossen haben: Europol unterliegt nicht nur als Behörde keiner Kontrolle, die diesen Namen verdiente, die MitarbeiterInnen genießen darüber hinaus auch noch ... Immunität vor strafrechtlicher Verfolgung - es sei denn, sie verursachen einen Verkehrsunfall. Der praktische Schaden dieser Freistellung dürfte, betrachtet mensch die erfolglosen Versuche, bundesdeutsche Polizeibeamte, die keine Immunität genießen, für im Dienst begangene Vergehen und Verbrechen zur Verantwortung zu ziehen, gering sein. Die Botschaft, die so transportiert wird, ist gleichwohl die der »wehrhaften Demokratie«: Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit und keine rechtsstaatliche Rechenschaftspflicht für die Freunde des Rechts. Und so wie der Ausbau des BKA in den 70er Jahren die Polizei in der BRD verändert hat, so wird der Ausbau von Europol, das bereits seit einigen Jahren ganz ohne Rechtsgrundlage ermittelt, die Basis für die Etablierung einer Polizei neuen Typs sein - die herausgehobene Stellung der neuen Behörde und ihre Kompetenzen für Fortbildung und Beratung der nationalen Polizei stellen sicher, daß sich der Trend auch auf niedrigerer Ebene durchsetzen wird:

Die Wahrung von Grundrechten des „Gegenübers" spielt nur noch eine untergeordnete Rolle.
Recht soll der Polizei keine Schranken setzen, sondern neue Möglichkeiten verschaffen.
Der Bewegungsspielraum mutmaßlicher StraftäterInnen oder „StörerInnen" soll eingeengt werden.
Öffentlichkeit und Kontrolle werden als ineffizient abgelehnt.
Geheimdienstliche Methoden gehören zunehmend zum Repertoire.

Das Autonome Zentrum im April

immer noch **Alte Bergheimerstr. 7a; 69115 Heidelberg; Tel.: 06221 / 18 12 00**

1 Mi	19.00-20.30 **Bürostunde des AZ (pünktlich!)**
2 Do	**TABULA RASA - die Kneipe im AZ (Do, Fr, So)** 20.00 **PicNik mit NicNik**
3 Fr	20.00 Kneipe mit **EGATOBAS**
4 Sa	22.00 **„Le monde de nuit“**: Dark Wave/Industrial-Party jenseits des Mainstreams
5 So	16.00 offenes Treffen der **AJA** 20.00 Vokü und Kneipe mit der **SO-Crew** 21.00 **JetSetSession** - Jungle-Party im Keller (ab jetzt jeden Sonntag)
6 Mo	**TABULA RASA - die Kneipe im AZ (Mo - So)** **Frauen- und Lesbentag** 20.00 **MoMo** - die FrauenLesben-Vokü
7 Di	18.30 **Theatergruppe** 20.00 Vokü und Kneipe mit den **„Drei Damen vom Grill“** mit Film ab: 21.00 „AK Kraak“ (2. Teil)
8 Mi	19.00-20.30 **Bürostunde des AZ (pünktlich!)**
18 Sa	22.00 **Theater-Tekkno-Disse** im Keller
19 So	16.00 offenes Treffen der **AJA** 20.00 Vokü und Kneipe mit der **SO-Crew** 21.00 **„Das Quiz mit Biß“** mit Moderator Daniel und Assistentinnen Uschi und Susi 21.00 **JetSetSession** - Jungle-Party im Keller
20 Mo	**Frauen- und Lesbentag** **KNEIPE GESCHLOSSEN!**
21 Di	**TABULA RASA - die Kneipe im AZ (Mo-Fr, So)** 18.30 **Theatergruppe** 20.00 Vokü und Kneipe mit der **CASTOR-Gruppe**
22 Mi	19.00-20.30 **Bürostunde des AZ (pünktlich!)**
23 Do	18.30 **Tanzkurs** (Mixed Pickled Dancing Course) 20.00 Vokü und Kneipe mit dem **Rohrbeach** 21.00 **UnheilBar**: LesBiSchwules Kneipentreiben
24 Fr	20.00 Kneipe des **Roten Splitters** mit Film ab 21.00 „The Wall“ (England 1982, 95 min) 22.00 Disco mit der **Manischen Weststadt** zugunsten der **Anti-MAI/WTO-Karawane**
25	**Rock gegen Burschenschaften** 20.00 im Saal: Konzert mit **KALTMIETE, LEOPOLD KRAUS, BUTTERSIDEDOWN,**

Mi	19.00-20.30 **Bürostunde des AZ (pünktlich!)**
9 Do	18.30 **Tanzkurs** (Mixed Pickled Dancing Course) 20.00 Vokü und Kneipe mit der **LaBuStra** 21.00 **UnheilBar**: LesBiSchwules Kneipentreiben
10 Fr	20.00 Kneipe der **Antifaschistischen Jugendaktion** (AJA)
11 Sa	
12 So	11.00 **„Oh-Stern im AZ!"** **Frühstücksbuffet** mit Ei und Hase 16.00 offenes Treffen der **AJA** 20.00 Vokü und Kneipe der **SO-Crew**: 21.00 **offene Diskussionsrunde**: „MAI - WTO" 21.00 **JetSetSession** - Jungle-Party im Keller
13 Mo	**Frauen- und Lesbentag** **KNEIPE GESCHLOSSEN!**
14 Di	**TABULA RASA - die Kneipe im AZ (Di, Do, So)** 18.30 **Tanzkurs** (Mixed Pickled Dancing Course) 20.00 Vokü und Kneipe mit dem "Koch" **Raphael** 21.00 **KINO**-Abend mit Film „Lichter der Großstadt"
15 Mi	19.00-20.30 **Bürostunde des AZ (pünktlich!)**
16 Do	18.30 **Tanzkurs** (Mixed Pickled Dancing Course) 20.00 Vokü und Kneipe der **UnheilBar**
17 Fr	22.00 **FrauenLesben Disco**

25 Sa	**POLD KRAUS, BUTTERSIDEDOWN,** danach **Manische Weststadt-Disco** 22.00 im Keller: **shut up and dance!**
26 So	16.00 offenes Treffen der **AJA** 20.00 Vokü und Kneipe der **SO-Crew**: 21.00 **offene Diskussionsrunde**: „Schnellverfahren" 21.00 **JetSetSession** - Jungle-Party im Keller
27 Mo	**Frauen- und Lesbentag** **KNEIPE GESCHLOSSEN!**
28 Di	**TABULA RASA - die Kneipe im AZ (Di + Do)** 18.30 **Theatergruppe** 20.00 Vokü und Kneipe mit dem "Koch" **Raphael** 21.00 **KINO**-Abend mit Film „Hitlerjunge Salomon"
29 Mi	19.00-20.30 **Bürostunde des AZ (pünktlich!)**
30 Do	18.30 **Tanzkurs** (Mixed Pickled Dancing Course) 20.00 Vokü und Kneipe mit der **Trommelgruppe**

Vokü = Essen zum Selbstkostenpreis: 2 - 3 DM

Öffnungszeit der Kneipe: 20.00 - 0.00
Dienstag, 20.00 - 22.00 Infoladen offen
ab 20.00 Kultgruppe
Mittwoch, 20.00 - 22.00 Infoladen offen
Donnerstag, 20.00 - 22.00 Infoladen offen
Freitag & Samstag, bei Veranstaltungen Infoladen offen

Alle Veranstaltungen sind Veranstaltungen des Vereins Gegendruck

Erneuter Staatsschutzangriff auf linke Strukturen in Heidelberg

Neben 18 (bekanntgewordenen) VS-Anwerbeversuchen und mehreren Hausdurchsuchungen in den letzten vier Jahren hat das Staatsschutzdezernat der Kriminalpolizei Heidelberg mal wieder zugeschlagen: In den frühen Morgenstunden des 19. März 1998 durchsuchten in Heidelberg sechs Staatsschützer und vier Polizeibeamte zeitgleich die Zimmer und die WG-Gemeinschaftsräume der beiden Vorstände des Trägervereins „*Gegendruck*" des Autonomen Zentrums. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Mannheim waren sie ausgeflogen, um in den beiden Wohnungen der Beschuldigten in der *Strafsache wegen schweren Raubs* Beweismittel auffinden zu können.

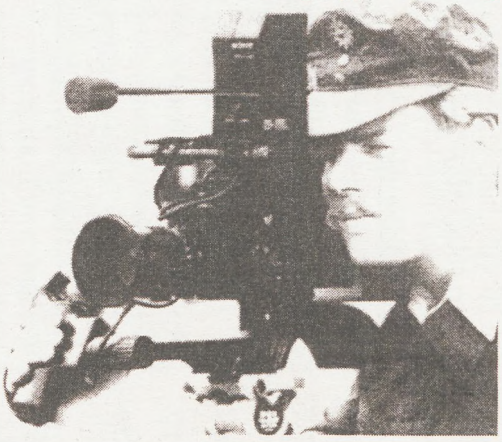
Laut amtsgerichtlichem Beschluß vom 13.03.1998 sei am 13.10.1996 ein der „rechten Szene" zuzuordnender Mann in Weinheim von zwei mit Schlagwerkzeugen bewaffneten Personen angegriffen und beraubt worden. Bei einer landeskriminalamtlichen Durchsuchung des Infoladens „*Bambule*" in Saarlouis am 14.07.1997 sei ein schwarzer DIN A4-Ordner mit Infomaterial über die *Jungen Nationaldemokraten* sichergestellt worden, in dem sich auch Fotokopien des Bundespersonalausweises, der Bankcard, des Schülerausweises und der Versicherungskarte dieses in Weinheim angegangenen Nazis befunden hätten. Diesen Ordner wiederum hätte dann einer der Beschuldigten in seiner Funktion als Vorstand des AZ-Trägervereins „*Gegendruck*" beim LKA Saarland zurückbeordert. Das allein lege den Verdacht nahe, daß beide im Vereinsregister beim Amtsgericht Heidelberg eingetragenen „*Gegendruck*"-Vorstände an dieser „Gewalttat" beteiligt gewesen seien.

Daß der Heidelberger Staatsschutz in den Räumen der Beschuldigten nichts in seinem Sinne Verwertbares finden würde, war ihm wahrscheinlich von Anfang an klar. (Er hat die gesuchten Beweismittel selbstverständlich nicht finden können.) Deshalb liegt die Vermutung nahe, daß hier auf staatsanwaltliche Anordnung hin mal wieder in linken politischen Zusammenhängen und hier vor allem im internen AZ-AktivistInnen-Kreis herumgeschnüffelt werden sollte. Unter Zuhilfenahme eines abstrusen Gleichsetzungs-Konstrukts (*Anforderer eines beschlagnahmten Ordners = Schwere Räuber*) wird der politisch-repressive Versuch unternommen, Menschen aus linken Zusammenhängen zu kriminalisieren und sie via Hausdurchsuchung und anschließender ED-Behandlung einzuschüchtern.

Diese Rechnung wird so lange nicht aufgehen, solange wir dem staatlichen Aufstandsbekämpfungsprogramm entschlossen entgegentreten und uns zu den *direkt* davon Betroffenen solidarisch verhalten.

Solidarität heißt Widerstand gegen staatliche Unterdrückung!

Rote Hilfe e. V.
Ortsgruppe Heidelberg



Solidarität ist eine Waffe!

Die Heidelberger Ortsgruppe der Roten Hilfe möchte sich heute mit einer besonderen Bitte an euch wenden: <u>Finanzielle Unterstützung für die Gefangenen aus der RAF!</u>

Wir wollen versuchen, einen möglichst großen Kreis von Gruppen, Organisationen und Menschen zu erreichen, die regelmäßig oder zumindest einmalig dabei helfen, dringend benötigte finanzielle Mittel aufzubringen, die von den Angehörigen und FreundInnen der Gefangenen aus der RAF nicht mehr alleine getragen werden können.

Mit dem gespendeten Geld soll dafür gesorgt werden, daß AnwältInnen, die ein Haftmandat haben, notwendige Auslagen ersetzt bekommen; es soll dafür gesorgt werden, daß die Gefangenen die nötige medizinische Hilfe bekommen, die sie brauchen; es soll dafür gesorgt werden, daß alle anderen Dinge des täglichen Bedarfs im Knast eingekauft werden können; und nicht zuletzt, daß genügend Geld dafür da ist, Zeitungen, Bücher usw. zu finanzieren, damit die Isolation durch die Mauern hindurch zumindest gemildert werden kann.

Rote Hilfe e. V.
Ortsgruppe Heidelberg
Postfach 103162
69021 Heidelberg
Fax: (0 62 21) 16 44 89
Spendenkonto:
Heidelberger Volksbank
(BLZ 672 900 00)
Konto: 8 731 101

Wir wenden uns heute an euch, da sich die Situation für die Gefangenen in vielerlei Hinsicht immer mehr zuspitzt: Nach 5, 10, 15, 20 Jahren Knast ist der gesundheitliche Zustand aller Gefangenen äußerst besorgniserregend. Bei immer mehr Gefangenen ist die medizinische Betreuung immer akuter. Gleichzeitig gibt es aber immer weniger Menschen, die aus einem solidarischen Verhältnis heraus die Gefangenen finanziell unterstützen. Diejenigen, die sich bisher bis weit über die Grenze des Möglichen für die Gefangenen eingesetzt haben - die Angehörigen und FreundInnen - sind heute oft selbst in einer schwierigen finanziellen und gesundheitlichen Situation. Je mehr finanzielle Hilfe die Gefangenen benötigen, desto weniger Hilfe scheint es zur Zeit zu geben.

Wir wollen diesen Zustand so nicht länger hinnehmen und versuchen, mit unseren Möglichkeiten daran etwas zu ändern.

Das erste ist, daß die Ortsgruppe Heidelberg der Roten Hilfe beschlossen hat, einen Anwalt aus unserer Region, der ein Haftmandat für Eva Haule hat, zu unterstützen. Darüber hinaus hoffen wir, genügend Leute zu finden, die Möglichkeiten sehen, Geld auf das von uns eingerichtete Spendenkonto zu überweisen.

Den Anfang machen wir als Ortsgruppe mit einer Spende von 500,- DM auf das unten angegebene Solidaritätskonto.

Eingehende Spenden werden ausschließlich für die Unterstützung der Gefangenen verwendet. Verwaltungs- oder Kontoführungskosten entstehen keine!

Bitte überlegt euch, wie ihr euch beteiligen könnt. Vielleicht findet gerade ein Fest, eine Veranstaltung, ein Konzert, eine Disco oder sonstiges statt, bei welchen gesammelt werden kann. Vielleicht kennt ihr Menschen und wollt diese ansprechen, die bereit wären, regelmäßig oder einmalig zu spenden. Vielleicht ist es auch euch selbst möglich, einen geringen Betrag monatlich zu spenden, denn viele kleine Spenden ergeben in der Summe unter Umständen auch einen größeren Betrag. Jede einzelne Mark zählt!

Wir hoffen auf eure positive Reaktion!

Solidarität ist eine Waffe!

Rote Hilfe e. V.
Ortsgruppe HD

„... wenn wir nicht notwendig wären."
Interview mit dem Infotelefon G.A.R.F.I.E.L.D.

In der letzten Sabo *hatten wir es bereits angekündigt: in dieser April-Ausgabe setzen wir unsere Interviews der Reihe „*linksregional*" mit einem Gespräch mit MitarbeiterInnen des* Infotelefon G.A.R.F.I.E.L.D. *(06272/3559) fort.* - Sabotage

Sabotage: Was versteht ihr unter der Arbeit eines Infotelefons?

Puck: In erster Linie das Sammeln von Informationen und deren Weitergabe an die Öffentlichkeit.

Gerd: Der Name G.A.R.F.I.E.L.D. sagt ja einiges aus: **G**egen **A**usländerfeindlichkeit, **R**assismus, **F**aschismus, **I**gnoranz, **E**ngstirnigkeit, **L**ügen und **D**eutschtümelei. Damit ist ungefähr alles gesagt, wobei das „L", wie „Lügen", eher so 'ne Anbiederung an die Bürger war - die meisten von uns hätten das damals am liebsten durch „Lichterketten" ersetzt. Da wir lokal arbeiten und auch Leute aus dem bürgerlichen Spektrum ansprechen wollten, wollten wir da nicht so weit gehen. Ansonsten ist die Sache ziemlich klar - also, daß G.A.R.F.I.E.L.D. eine Antifa-Geschichte ist und sich die daran beteiligten als AnarchistInnen begreifen.

S.: Seit wann gibt es das Infotelefon G.A.R.F.I.E.L.D. und aus welchen Zusammenhängen heraus habt ihr euch gegründet?

G.: Das Infotelefon G.A.R.F.I.E.L.D. entstand eindeutig aus der damals existierenden Antifa Hirschhorn heraus. Wir haben dann 1992 mit einem lokalen Ansatz angefangen. 1992/93 war überhaupt viel los. In Hirschhorn z. B. gab es ein Nazi-Fanzine, „Kraft durch Froide", das hat vermutlich der Neonazi Eric Vogel hergestellt. Es gab auch ganz konkrete telefonische Bedrohungen gegen die Hirschhorner Moschee und so ziemlich alle türkischen Familien im Ort. Das hat die Arbeit erstmal notwendiger gemacht. 1992 gab es in der BRD bereits mehrere Antifa-Infotelefone, deren Ansagen meistens bundesweit orientiert waren. Hier in der Region war das vor allem das Antifa-Infotelefon Mannheim. Wir dachten, daß es ebenfalls Sinn macht, so etwas lokal für Hirschhorn und Umgebung zu haben, damit so

auch „weniger wichtige" Nachrichten über ein solches Medium verbreitet werden können. Das hat aber nicht geklappt. Die Resonanz war im lokalen Bereich einfach nicht da. Umgekehrt hatten wir den Eindruck, daß es Sinn macht, zum Mannheimer Infotelefon ergänzend noch eins zu haben, weil die damals so viele Meldungen draufhatten, daß sie bestimmte Themen einfach kürzer fassen mußten, die wir dann ein bißchen weitergehend behandeln konnten. Seit Mitte 1994 gibt es regelmäßig aktualisierte Ansagen und eine bundesweite Orientierung.

S.: Wo liegen die Schwerpunkte eurer Ansagetexte und warum liegen sie da?

Rocky: Abschiebung und Rassismus.

Verona: Rechte Gewalt, Antisemitismus, Terminankündigungen - hier vor allem von antifaschistischen Aktionen, Lesetips.

P.: Aber auch andere linke Inhalte. Z. B. Ansagen zu Mumia Abu-Jamal oder Castor-Transporten.

G.: Und selbstverständlich auch Berichte von Antifa-Aktionen. Wobei die Schwerpunkte der Ansagen auch vom Informationsfluß abhängig sind. Ein Ansatz überhaupt war, daß viele Themen in der Bürgerpresse nur ganz kurz abgehandelt werden. In der einen Zeitung steht was, in der anderen nicht. Mal steht mehr drin, mal weniger. Bei uns erhält mensch dann einen gewissen Überblick.

S.: Kann mensch sagen, daß ihr nach wie vor einen regionalen Anspruch habt?

V.: Wenn es regionale Meldungen gibt, bzw. wenn regional etwas passiert, dann bringen wir das auf jeden Fall rein.

G.: Ja, vor allem, wenn etwas passiert, was nicht gerade von bundesweiter Relevanz wäre, dann bringen wir das auch ausführlicher. Meistens ist das dann so, daß wir die Regionalnachrichten zuerst sagen.

S.: Wie erhaltet ihr eure Informationen?

G.: Für die kontinuierliche Arbeit sind wir sehr auf die bürgerliche Presse (vor allem FR, taz, SZ, RNZ) angewiesen. Um aktuelle Ansagen zu machen, reichen die anderen Informationen leider nicht aus. Des weiteren erhalten wir Infos aus Antifa-Quellen.

V.: Am liebsten wäre uns, wenn uns mehr Leute *gezielt* anrufen würden. Das passiert leider nur selten.

P.: Ja, wenn, dann sind das meistens Faschos.

V.: Prima wäre es, wenn uns Leute regelmäßig informieren würden.

S.: Woran könnte das liegen, daß ihr so wenig Infoanrufe erhaltet. Habt ihr da eine konkrete Erklärung dafür, z. B., daß ihr zu wenig bekannt seid oder ähnliches?

G.: Hier in der Region müßten wir eigentlich bekannt genug sein. Doch gerade hier kommen die Informationen eher spärlich oder zufällig. Man trifft sich halt mal und dann gibt's auch Infos. Daß wir automatisch informiert werden, wenn was passiert, ist hier nicht so. Es ruft eher mal jemand aus Berlin oder Ingolstadt bei uns an, als aus Heidelberg oder Mannheim.

S.: Nach euren Ansagetexten kann mensch euch eine Nachricht hinterlassen. Von wem wird diese Möglichkeit genutzt?

P.: Hauptsächlich von Faschos.

R.: Das sind aber keine Nachrichten.

G.: Doch, Nachrichten über ihren geistigen Zustand.

V.: Meistens sind das irgendwelche „Geistesgestörte" - zum Beispiel ruft immer ein „singender Sachse" an, der uns seine Fascho-Musik vorspielt und dazu singt.

G.: Die üblichen Beschimpfungen und Morddrohungen, nichts besonders aufregendes.

V.: Es hängt auch sehr davon ab, wer von uns die Ansage gesprochen hat. Wenn z. B. ich spreche, sind die Nachrichten dann richtig sexistisch. Wenn Puck spricht, fragen die immer: „Wie alt ist denn euer Sprecher?"

S.: Das sieht ja so aus, als ob die denken, ihr sitzt live am Telefon. (Allgemeines Gelächter.)

S.: Verwendet ihr die Texte und Infos, die ihr sprecht, irgendwie weitergehend? Wir denken da an eine Auswertung oder Archivierung.

P.: Die Ansagetexte werden seit August 1997 im ARNie (Rundbrief des AARN) abgedruckt.

V.: Die Texte werden getippt, ausgedruckt, vorgelesen und dann abgeheftet.

S.: Wie gestaltet sich eure Zusammenarbeit mit anderen Gruppen in der Region und auch darüber hinaus, z. B. mit anderen Infotelefonen in der BRD?

P.: Existieren überhaupt noch andere Infotelefone? [Ja, z. B. Passau, Oberhausen, Anm. d. Red.]

G.: Regional ist G.A.R.F.I.E.L.D. Mitglied im AARN. Darüber hinaus gibt es viele Kontakte zu anderen Gruppen in der Region.

S.: Was wünscht ihr euch bezüglich eurer Arbeit beim Infotelefon ganz besonders?

G.: Zuallererst mal mehr Informationen bzw. mehr Anrufe. Wir haben ja bisher eine Aktualisierung pro Woche, und wenn mehr Leute anrufen würden, könnten wir noch aktueller sein und würden versuchen, Informationen über den regulären Ansagetermin hinaus weiterzugeben.

S.: Das wäre dann aber mit mehr Arbeit eurerseits verbunden.

R.: Ja.

S.: Aber das wär' in Ordnung?

G.: Ja. Am liebsten wäre es uns jedoch, wenn wir nicht notwendig wären.

S.: Wir danken euch für dieses Gespräch.

DIE KTS EXISTIERT WEITER!

Den „Kulturtreff in Selbstverwaltung" (kurz: die KTS) in Freiburg gibt es seit Frühjahr 1994. Damals wurde auf dem Vaubangelände (ehemaliges französisches Kasernengelände) von verschiedenen Gruppen und Initiativen ein Haus besetzt. Dieses wurde im Juli 1994 abgerissen. Doch noch im gleichen Sommer wurde das einstige Kino der Soldaten auf dem Gelände besetzt. Es wurden Konzerte, Lesungen, Ausstellungen, Kino, Parties usw. veranstaltet. Außerdem gab es einen Infoladen. Da die KTS ab '96 ständig von Räumung bedroht war, wurde in diesem Jahr die erste und im Sommer '97 die zweite Freiburger Love & Hate Parade mit zum Schluß weit über 1000 TeilnehmerInnen organisiert.

Durch diese Demos und einer von über 120 Feiburger Geschäften, Betrieben, Kulturgruppen usw. unterzeichneten Resolution zum Erhalt der KTS kam die Stadt nicht mehr drumrum, mit der KTS-Initiative zu verhandeln. Denn auf dem Vaubangelände soll ein neuer Stadtteil entstehen, in dem wie überall ein AZ keinen Platz hat. (Außer er wird erkämpft!) Am 30.09.97 beschloß der Freiburger Gemeinderat, die geplante Räumung auf den 14.10. zu verschieben. In der Zwischenzeit sollte von der Stadt, den Gemeinderäten und der KTS-Ini nach einem geeigneten Ersatzobjekt gesucht werden. Nach ein paar Tagen machte OB Böhme die Suche nach einem Ersatz zur „Chefsache" (in Freiburg ist dieses Jahr OB Wahl). Zwei Häuser wurden gefunden und von der KTS begutachtet. Eines der Angebote war wegen der Lage in einem Wohngebiet ungeeignet; Streß wäre vorprogrammiert gewesen. Das andere liegt zentraler als das Vaubangelände, und die KTS akzeptierte es unter folgenden Bedingungen:

- Die Familie, die seit 25 Jahren in dem Haus wohnt, möchte freiwillig ausziehen. Die Stadt muß ihr einen gleichwertigen Ersatz bieten oder eine Abfindung zahlen.
- Dem Gewerbebetrieb in dem Haus muß, falls gewünscht, das gleiche zugesichert werden.
- Die KTS braucht noch zusätzliche Gruppenräume.
- Es muß sicher sein, daß die Besitzerin, die DB, an die Stadt vermietet und diese das Haus der KTS zur Verfügung stellt.

Alle diese Punkte wurden von OB Böhme zugesichert. Aber die Stadt drängte weiterhin auf ein schnelles Verlassen der KTS/Vauban, damit die Bebauung auf dem Gelände weitergehen kann. Sie drohte weiterhin mit Räumung. Einen Tag vor dem Räumungstermin standen in einem Nachbarort die Räumpanzer bereit, außerdem hat die Stadt die härteste Bullenaktion seit 16 Jahren angedroht, um ihre „Häuserbeweissicherungstruppe" (neugegründete SEK) auszuprobieren. Die KTS–Ini schätzte es als unmöglich ein, das Haus zu verteidigen. Das Plenum entschloß sich daraufhin, das Haus freiwillig zu verlassen und der öffentlichen Zusage der Stadt zu vertrauen. Am 24.10.1997 wurde die KTS abgegeben, und zwar wurde der Schlüssel von einem vom Dach herabschwebenden Engel den Stadtschergen übergeben. Nach mehreren Verhandlungsterminen im November zwischen der KTS und der Stadt stimmte Anfang Dezember der Gemeinderat dem Haus (ehemaliges Bahnbetriebswerk) in der Baslerstraße zu. Damit war erst einmal eine politische Entscheidung über die Nutzung des Hauses in der Baslerstraße gefallen. Doch damit war der Streß noch lange nicht zu Ende. Obwohl die Stadt sich zugunsten der KTS entschieden hatte, versucht die Stadtverwaltung zu verschleppen und legt der KTS immer wieder Steine in den Weg. Außerdem wollte die Stadt, daß die KTS die gesamte Miete zahlt, nicht nur die zuvor zugesicherten Nebenkosten. Nach langem hin und her kam folgender Kompromiß zustande:

Die KTS beteiligt sich an der Kaltmiete von monatlich 5600 Mark mit 600. Der KTS-Anteil

wird jedoch das erste halbe Jahr ausgesetzt. Dann wird es nach einer gemeinsamen Prüfung der KTS-Finanzen neue Verhandlungen über den KTS-Pflichtteil geben. Für die Initiative ist jedoch klar, daß sie auch nach einem halben Jahr keine Miete zahlen will und kann.

Anfang Januar hat die KTS einen Mietvertragsentwurf von der Stadt bekommen, der in seinem Umfang maßlos übertrieben ist. Dieser Entwurf umfaßt 38 Seiten und würde mit Sicherheit von jedem gewerblichen Vertragspartner abgelehnt werden. Er wurde von der KTS-Initiative und einem Anwalt nachgebessert. Ab Mitte März wird mit der Stadt über den Mietvertrag verhandelt. Die KTS ist vorsichtig optimistisch, was diese Verhandlungen betreffen, da die Stadtverwaltung Entgegenkommen signalisiert hat. Nachdem im Februar der Familie, die noch im Haus in der Baslerstraße wohnt, eine Abfindung von 70 000 Mark bewilligt wurde, renoviert diese inzwischen ihre neue Eigentumswohnung. Laut KTS-Ini kann sofort nach Unterzeichnung des Mietvertrages mit dem Umbau begonnen werden. Obwohl die Stadt Freiburg sich an diesem mit 200 000 Mark beteiligt, wird die KTS viel Zeit, Energie und vor allem Geld in den Umbau stecken müssen, doch die „Bautrupps" stehen bereit!

Einige KTSlerInnen

Repression gegen Bietigheimer AntifaschistInnen

Am 14. September 1997 feierten ca. 50 Rechtsradikale auf einem Gartengrundstück im Bietigheim-Bissinger Stadtteil „Karmgarnspinnerei" eine Geburtstagsparty. Unter den Feiernden befanden sich neben bekannten FaschistInnen aus Bietigheim und Umgebung auch Nazis aus dem Großraum Stuttgart.

Im Verlauf des Festes kam es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen den Nazis und einigen AntifaschistInnen. Laut Ermittlungen der Polizei wurden dabei mindestens sechs FaschistInnen zum Teil schwer verletzt, und es entstand ein Sachschaden von über 10.000 DM an ihren PKWs. Noch in der selben Nacht wurden zwei AntifaschistInnen in der Nähe des Tatorts festgenommen. Bei der Vernehmung noch in der selben Nacht kam es zu Teilaussagen von einer der verhafteten Personen. Diese wurde unseren Erkenntnissen zufolge bei ihrer über drei Stunden dauernden Vernehmung nicht über ihre Rechte aufgeklärt und unter massiven psychischen Druck gesetzt. Aufgrund dieser teilweise unsicheren und unvollständigen Aussage ermittelte die Polizei gegen fünf weitere Personen, denen vorgeworfen wird, an der Tat beteiligt gewesen zu sein.

Etwa einen Monat später wurde eine der Beschuldigten dem zuständigen Amtsrichter zur Zeugenaussage vorgeführt. Unserer Meinung nach wurde während der Ermittlungen durch Verleumdungen und Lügen von Seiten der Polizeibeamten gezielt versucht, bei jüngeren Beschuldigten Druck in den Familien auszuüben. Einem der Beschuldigten wurde sogar die Abschiebung in sein Heimatland angedroht. Auch dadurch kam es zu keinen weiteren Aussagen.

Inzwischen erhielten fünf der Beschuldigten eine Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung und schwerer Sachbeschädigung, zwei weitere werden der Beihilfe dessen angeklagt. Hinzu soll zwei der Angeklagten vorläufig die Fahrerlaubnis entzogen werden. (...)

Um die anfallenden AnwältInnen- und Prozeßkosten tragen zu können, sind wir auf eure Solidarität angewiesen. Über jegliche finanzielle und solidarische Unterstützung (zum Beispiel Informationsveranstaltungen, Solikonzerte oder Discos) würden wir uns freuen. Kontakt und weitere Informationen könnt ihr über die Anti-Repressionsgruppe (ARG) aufnehmen.

Unterstützt den antifaschistischen Widerstand! Solidarität ist unsere Waffe!

Kontakt über:
ARG c/o Jugendhaus Farbstraße
Farbstraße 15, 74321 Bietigheim-Bissingen
Tel.: (0 71 42) 94 38 84

Das „Schwarzbuch des Kommunismus“

*Wir hatten in der Februar-Ausgabe einen Text abgedruckt, der sich unter der Überschrift „*Wer hat Angst vorm Antifaschismus*“ mit der öffentlichkeitswirksam in Szene gesetzten Totalitarismuskampagne in Frankreich und Deutschland auseinandersetzt. Wir waren - wie wir auch in einer kleinen Anmerkung dazu zum Ausdruck gebracht hatten - aus mehreren Gründen nicht so zufrieden mit diesem Text; auch wenn wir selbstverständlich seine Veröffentlichung für gerechtfertigt hielten. Nun hat uns ein Angehöriger des trotzkistischen* **R**evolutionär **S**ozialistischen **B**undes/IV. Internationale *(Bezirksgruppe Rhein-Neckar) einen Artikel eines führenden Mitglieds der* **L**igue **C**ommuniste **R**évolutionaire *(LCR) zukommen lassen, der den Titel „*Kommunismus und Stalinismus*“ trägt. Er setzt sich auf einem uns eher entgegenkommenden Level mit dem vom „*Schwarzbuch des Kommunismus*“ ausgehenden totalitarismusdoktrinären HistorikerInnenstreit auseinander, indem er die Intention der von Stéphane Courtois zusammengeführten AutorInnen - die präventive „Verteufelung“ aller kapitalismusnegierenden Gesellschaftsvorstellungen zur immerwährenden Zementierung der „eigenen“- in ihre Einzelheiten zerlegt. Auch wenn wir der Meinung sind, daß Daniel Bensaïd noch tiefer in die „Materie“ hätte eindringen können, so stellt sein Versuch, die abstrusen Argumentationsstränge (rechts)konservativer TotalitarismustheoretikerInnen argumentativ zu durchbrechen, ein unterstützenswertes Unternehmen dar.* -Sabotage

Lenin = Stalin

Der 80. Jahrestag der Oktoberrevolution wäre fast unbemerkt vorübergegangen. Dem Schwarzbuch des Kommunismus kommt zumindest das Verdienst zu, die „Frage des Oktober”, eine jener großen Streitfragen, über die man sich nie einigen wird, erneut aufs Tapet gebracht zu haben. Das Ziel der Operation, vom Projektleiter Stéphane Courtois klar verkündet, ist dabei, eine strikte Kontinuität, vollendete Kohärenz zwischen Kommunismus und Stalinismus, zwischen Lenin und Stalin, dem Leuchtfeuer der beginnenden Revolution und der eisigen Dämmerung des Gulag herzustellen: „Stalinist und Kommunist, das ist dasselbe”, schreibt er am 9.11. im *Journal de Dimanche*.

Es ist unerläßlich, die Frage zu beantworten, die der große sowjetische Historiker Michail Guefter aufgeworfen hat: „Diesen Knoten gilt es zu lösen: Ist der Gang der Ereignisse tatsächlich ein Kontinuum, oder handelt es sich um zwei Ereignisstränge, die eng miteinander verschlungen sind, aber trotz allem auf verschiedene Ursachen verweisen, auf zwei verschiedene politische und moralische Welten?“ („Stalin ist gestern gestorben”, *L'Homme et la société*, Nr.2/3, 1988.)

Eine zentrale Frage, von der sowohl die Fähigkeit abhängt, das zu Ende gehende Jahrhundert zu verstehen, wie auch unsere Handlungslinien in dem aufgewühlten Zeitalter, das vor uns liegt. Wenn der Stalinismus – wie viele behaupten – nicht mehr gewesen ist als eine einfache „Abweichung” von oder „eine tragische Fortsetzung” der kommunistischen Idee, dann müßten daraus andere, radikalere Schlußfolgerungen hinsichtlich dieser Idee selbst gezogen werden.

Das Gespenst geht wieder um

Das ist es auch, worauf die Autoren des Schwarzbuchs hinaus wollen. Zunächst verwundert an ihnen der anachronistische Ton des Kalten Kriegers, den Stéphane Courtois und einige in der Presse erschienene Artikel anschlagen. Während der Kapitalismus, der schamhaft in „marktwirtschaftliche Demokratie” umgetauft wird, sich nach dem Zerfall der Sowjetunion gern als Gesellschaftsordnung ohne Alternative und absoluter

Sieger am Ende dieses Jahrhunderts darstellt, enthüllt die Verbissenheit der Autoren in Wirklichkeit eine große verdrängte Angst: die Angst, es könnten die Verderbheiten und Plagen des übriggebliebenen Systems umso greller hervortreten, als es mit seinem bürokratischen Double auch sein bestes Alibi verloren hat. Es kommt also darauf an, vorsorglich alles zu verteufeln, was auf eine mögliche andere Zukunft verweist. Denn jetzt, wo die stalinistische Fälschung untergegangen ist, wo die kommunistische Idee nicht länger bürokratisch usurpiert werden kann, kann letztere erneut als Richtschnur dienen, als Gespenst umgehen...

Wieviele glühende alte Stalinisten haben aufgehört, Kommunisten zu sein, weil sie zwischen Stalinismus und Kommunismus nicht zu unterscheiden vermochten, und haben sich mit dem Feuereifer von Konvertiten der liberalen Sache angeschlossen? Stalinismus und Kommunismus sind nicht nur zwei verschiedene, sondern auch zwei gegensätzliche Dinge. Dies in Erinnerung zu rufen, ist nicht die geringste Aufgabe, die wir den zahlreichen kommunistischen Opfern des Stalinismus schulden. Der Stalinismus ist nicht eine Variante des Kommunismus, sondern die Bezeichnung für die bürokratische Konterrevolution. Daß aufrichtige Kämpfer gegen den Nationalsozialismus oder gegen die Folgen der weltweiten Krise zwischen den beiden großen Kriegen davon nicht immer ein Bewußtsein hatten und ihre manchmal zweifelnden, zerrissenen Existenzen weiter in den Dienst der Sache stellten, ändert daran nichts. Es handelte sich trotzdem um „zwei verschiedene und unversöhnliche politische und moralische Welten". Diese Antwort ist der von Stéphane Courtois entgegengesetzt.

Geschichte auf Zahlen reduziert

Courtois wehrt sich manchmal dagegen, er habe ein Nürnberg des Kommunismus gefordert, wahrscheinlich weil diese Forderung gern von Jean-Marie Le Pen vorgetragen wird und ihn dies stört. Aber das Schwarzbuch macht nicht nur keinen Unterschied zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus, es banalisiert den Nationalsozialismus, indem es einen angeblich strikt „objektiven" Vergleichsmaßstab einführt, die Zahl der Opfer, und diese angeblich zugunsten des ersteren spricht: 25 Millionen Tote gegen 100 Millionen, 20 Jahre Terror gegen 60 Jahre. Der erste Buchumschlag kündigte noch reißerisch 100 Millionen Tote an. In seiner Aufzählung kommt Stéphane Courtois auf 85 Millionen. Auf 15 Millionen mehr oder weniger soll es nicht ankommen. Die Zählmethode ist äußerst fragwürdig. Diese makabre Grossistenrechnung, die Länder, Epochen, Ursachen und Lager ohne Unterschied durcheinanderwirft, hat etwas Zynisches und zutiefst Verachtungsvolles gegenüber den tatsächlichen Opfern. Für die Sowjetunion kommt die Rechnung auf 20 Millionen Opfer, ohne daß gesagt wird, wer genau dazu gezählt wird. In dem Artikel, den Nicolas Werth zum Schwarzbuch dazugesteuert hat (...), werden die annähernden Schätzwerte eher nach unten korrigiert. Er schreibt, daß Historiker heute, auf der Grundlage von genauem Archivmaterial, die Zahl der Opfer der großen Säuberungen der Jahre 1936 bis 1938 mit 690.000 angeben. Das ist schon enorm und muß nicht zusätzlich aufgebläht werden. Er schätzt außerdem die Zahl der Häftlinge im Gulag auf durchschnittlich 2 Millionen pro Jahr – davon konnte ein größerer Teil befreit werden, als bisher angenommen wurde. Um auf 20 Millionen zu kommen, muß er also zu den Opfern der Säuberungen und des Gulags auch die der beiden großen Hungersnöte (5 Millionen 1921/22 und 6 Millionen 1932/33) und die des Bürgerkriegs dazuzählen, kann aber nicht beweisen, daß es sich hierbei um „Opfer des Kommunismus" handelte, also um eine kaltblütige Vernichtung.

Bei dieser Methode ist es nicht schwer, ein „Rotbuch der Verbrechen des Kapitalismus" zu verfassen, das die Opfer der Plünderungen und Völkermorde in den Kolonien, der Weltkriege, die Opfer von Arbeitsunfällen, Epidemien und Hungersnöten zusammenzählt – und nicht nur die von gestern, sondern auch die von heute. Allein für das 20. Jahrhundert käme man dabei ohne Schwierigkeiten auf mehrere hundert Millionen Opfer. (...) Wenn es nicht mehr darum geht, sich mit einem konkreten Regime, einer Periode oder konkreten

Konflikten auseinanderzusetzen, sondern eine Idee abzustempeln, wieviel Tote haben dann, im Lauf der Jahrhunderte, das Christentum und seine Evangelien, oder der Liberalismus und seine *Laissez-faire*-Ideologie auf dem Gewissen? Selbst wenn man die fantastischen Rechnungen akzeptieren wollte, die Stéphane Courtois anstellt, hätte der Kapitalismus während der beiden Weltkriege in diesem Jahrhundert in Rußland erheblich mehr als 20 Millionen Tote verursacht.

Spurenverwischung

Die Verbrechen des Stalinismus sind schrecklich genug, groß genug, als daß man noch welche dazu erfinden muß. Es sei denn, man will bewußt geschichtliche Spuren verwischen...

Vergleiche zwischen dem Nationalsozialismus und dem Stalinismus sind legitim und manchmal nützlich, das ist nicht neu. Aber Vergleiche sind keine Argumente, und auf die Unterschiede kommt es dabei ebenso an wie auf die Ähnlichkeiten. Das nazistische Regime hat sein Programm erfüllt und seine unheilvollen Versprechen gehalten. Das stalinistische Regime hat sich gegen das Emanzipationsprojekt des Kommunismus durchgesetzt. Es mußte dafür seine Anhänger brechen. Wieviele Dissidenten und Oppositionelle zwischen den beiden Kriegen legen Zeugnis ab für diese tragische Beugung? Selbstmörder wie Majakowski, Joffe, Tucholsky, Benjamin und viele andere? Lassen sich solche Gewissenskonflikte wegen eines verratenen und entstellten Ideals bei den Nazis finden? Hitlerdeutschland mußte nicht wie Stalins Rußland in ein „Land der großen Lüge" verwandelt werden; die Nazis waren stolz auf ihr Werk, aber die stalinistischen Bürokraten konnten nicht in den Spiegel des ursprünglichen Kommunismus schauen.

Wenn die konkrete Geschichte auf diese Weise in Raum und Zeit aufgelöst und bewußt durch die Wahl einer bestimmten Methode entpolitisiert wird (...), bleibt nur noch ein Schattentheater übrig. Dann gilt der Prozeß nicht mehr einem Regime, einer Epoche oder konkreten Tätern, sondern einer Idee: die Idee, die tötet.

Einige Journalisten haben diesen Faden begeistert weiter gesponnen. Jacques Amalric z.B. (langjähriger Mitarbeiter von *Le Monde*) schreibt von der „Realität, die von einer totbringenden Utopie geboren wurde" (*Libération*, 6.11.). Philippe Cusin erfindet ein konzeptionelles Erbgut: „In den Genen des Kommunismus ist es eingeschrieben: es ist natürlich zu töten" (*Le Figaro*, 5.11.). Wann wird die Euthanasie gegen das Gen des Verbrechens gefordert?

Wer nicht den Tatsachen, konkreten Verbrechen, sondern einer Idee den Prozeß machen will, schafft unweigerlich die Kollektivschuld und das Meinungsdelikt. Laut Courtois ist das Tribunal der Geschichte nicht nur in bezug auf die Vergangenheit wirksam. Es wirkt in gefährlicher Weise auch vorbeugend, wenn er feststellt, daß „die Trauerarbeit bezogen auf die Idee der Revolution noch lange nicht vollendet ist", und sich darüber empört, daß „offen revolutionäre Gruppen aktiv sind und sich ganz legal äußern können"!

Reue ist derzeit modern. Daß die Herren Furet, Le Roy Laduric oder Courtois oder auch Madame Kriegel mit ihrer Trauerarbeit niemals zu Ende gekommen sind, daß sie als gewendete Stalinisten ihr schlechtes Gewissen wie eine schwere Kugel hinter sich herschleppen, daß ihre Buße in der Rache kocht, ist ihre Sache. Aber diejenigen, die Kommunisten geblieben sind, ohne jemals den kleinen Vater der Völker gefeiert oder das kleine rote Buch des großen Steuermanns heruntergebetet zu haben, was sollen die denn bereuen? Sicher haben sie sich manches Mal geirrt. Aber schaut man sich den Lauf der Dinge an, haben sie sich mit Sicherheit weder in der Sache noch im Gegner geirrt. Um die Tragödien des ausgehenden Jahrhunderts zu begreifen und daraus nützliche Lehren für die Zukunft zu ziehen, muß man den Boden der Ideologie und seine Schatten verlassen und in die Tiefen der Geschichte hinabsteigen, um die politischen Konflikte und die sich daraus ergebenden verschiedenen Entscheidungsmöglichkeiten nachzuvollziehen.

Daniel Bensaïd, *Communisme et stalinisme. Une Réponse au* Livre noir du communisme (aus der Beilage zur *Rouge* n°1755, Wochenzeitung der LCR)

Freies Radio Rhein-Neckar (ab Herbst '98?)

unabhängig - unkommerziell - kritisch

Für alle, die es leid sind, nur Charts und uninteressante Diskussionen im Radio zu hören, gibt es jetzt endlich eine Gelegenheit, dies zu ändern. Ihr könnt mithelfen, ein Freies Radio im Rhein-Nekkar-Dreieck zu gründen und später auch selbst in der Redaktion bzw. in der Verwaltung dieses Freien Radios mitzuarbeiten. Selbstverständlich fragt ihr Euch jetzt, wie dies möglich ist, und dieses Infoblatt versucht, zumindest einige grundlegende Fragen über das Freie Radio zu beantworten.

Was ist eigentlich ein Freies Radio?

Ein Freies Radio (...) ist eine Initiative, die versucht, eine gesunde Alternative zu den kommerziellen Radiosendern darzustellen. Mit unkonventioneller Musik grenzt sich ein Freies Radio vom Dudelfunk ab. Das Engagement für Meinungsfreiheit wird durch politische Reportagen untermauert. Themen wie Menschenrechte, Ökologie, Feminismus, Repression, Internationalismus und viele andere werden in die öffentliche Diskussion gebracht. Ein Freies Radio gibt Raum für unkonventionelle Ideen und Experimente, die nicht den genormten Sende- und Hörgewohnheiten entsprechen. Das Freie Radio arbeitet hauptsächlich regional, was Neuvorstellungen, Veranstaltungstips, Themenrunden etc. wesentlich interessanter macht.

Wie funktioniert ein Freies Radio?

Ein Freies Radio finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden, Veranstaltungen und eventuell öffentlichen Mitteln, d. h. es ist nicht auf Werbung (also auf ZuhörerInnenquoten) angewiesen und kann so viel unabhängiger und unkommerzieller als gewöhnliche Radiosender arbeiten. Die MitarbeiterInnen arbeiten ehrenamtlich und praktisch jedeR, die/der genug Zeit und Lust hat, kann mitmachen.

Gibt es soetwas eigentlich schon?

Es ist fast ein Wunder, daß es hier im Rhein-Neckar-Dreieck nicht schon ein Freies Radio gibt.

In ganz Deutschland gibt es schon viele dieser Radiosender. 1991 wurde das erste Freie Radio in Baden-Württemberg gegründet und mittlerweile gibt es Freie Radios in Freiburg, Freudenstadt, Karlsruhe, Lörrach, Stuttgart, Tübingen oder auch Ulm. Es ergibt sich im Herbst '98, durch die Fusion von SWF und SDR, die Gelegenheit, einen Radiosender zu gründen, da nach dieser Fusion Frequenzen frei werden, um die wir uns bei der LfK bewerben werden.

Was kann ich beim Freien Radio denn alles machen?

Ihr könnt Euch in den Bereichen Redaktion, Öffentlichkeitsarbeit, Technik, Verwaltung und später wohl auch in der Archivierung engagieren. Es ist z. B. möglich, von Konzerten zu berichten, die eigene Musik zu spielen, neue Bands zu präsentieren, Parties und andere Veranstaltungen zu organisieren, sich mit um die finanzielle Planung zu kümmern oder auch bei der Einrichtung, dem Erhalt und der Verbesserung der technischen Anlagen zu helfen. Natürlich seid Ihr hierbei nicht auf ein Themengebiet begrenzt, sondern könnt Euch in vielerlei Hinsicht an der Gründung des Freien Radios beteiligen.

Gemeinsam gegen Dudelfunk!

Tut uns/Euch einen Gefallen und werdet möglichst bald Mitgied beim Freien Radio. D. h. 5,-DM im Monat mit der Aussicht, ab Herbst '98 mal was anderes im Radio zu hören. Wir brauchen mindestens 600 Mitglieder für eine solide Finanzierung, die wir vorweisen müssen, um eine Frequenz zu bekommen. Zusätzlich könnt ihr Euch selbstverständlich auch aktiv beteiligen.

Förderverein für das Freie Radio Rhein-Neckar e. V.
Postfach 120651
68057 Mannheim
Tel.: (06 21) 8 54 70 74
Fax: (0 62 02) 27 79 77
e-mail: freies-radio@gmx.de
online: http://freiesradio.home.pages.de

Demos & Veranstaltungen

Di, 02.04.: **Vortrag** über die JN in der Mark-Twain-Stube im Kurhaus, Hirschhorn

Die „Jungen Nationaldemokraten" (JN), eigentlich Jugendorganisation der NPD, haben sich nach dem Verbot verschiedener rechtsextremer Parteien und Organisationen als Sammelbecken militanter Neonazis zur aktivsten Gruppe entwikkelt. Mit Hetze und Aktionen bedroht die JN Flüchtlinge, MigrantInnen, Punks, AntifaschistInnen und wen sie sonst noch für ihre GegnerInnen hält. Der Vortrag gibt (u. a. auch mit Dias und Videoausschnitten) einen Überblick über Geschichte, Struktur und Ideologie der JN. Dabei wird besonders Wert auf den Rhein-Neckar-Raum gelegt. Und selbstverständlich auch darauf, was gegen diese Neofaschisten getan werden kann.

Beginn: 19.00 Uhr

Veranstaltet von der ANO/KL und dem SPD Ortsverein Hirschhorn

Das Antifa-Info aus dem Rhein-Neckar-Raum

Neu!

ARNie INFO EXPRESS

Info-Rundbrief des Antifaschistischen Aktionsbündnis Rhein-Neckar

★ herausgegeben vom Antifaschistischen Aktionsbündnis Rhein-Neckar (AARN)
★ enthält Veröffentlichungen des AARN und seiner Mitgliedsgruppen
★ mit regionaler Presseschau
und den aktuellen Ansagen des Infotelefon Garfield
★ große Veranstaltungs- und Termine-Übersicht
★ erscheint zum 15. jeden Monats - schließt die Informations-Lücke in der Monatsmitte

ARNie gibt es im Abo für 30,- DM / 10 Ausgaben (incl. Porto)

Ich will ARNie haben ❑ im Abo für 30,- DM / 10 Ausgaben
❑ als Probeexemplar für 3,- DM
Name:
Straße:
PLZ/Ort:
Briefmarken oder Scheine an:
ARNie, Postfach 1232, 69236 Neckarsteinach

Di, 14.04.: **KINO-Abend** mit Film „Lichter der Großstadt" im Autonomen Zentrum Heidelberg

„Landstreicher Charlie als Retter eines Millionärs, der nur im Suff Freundschaft und Großzügigkeit zeigt, und als selbstloser Verehrer eines blinden Blumenmädchens, für dessen Heilung er sogar zu arbeiten bereit ist, das er jedoch verliert, als es sein Augenlicht zurückgewinnt. Eine ironische und sozialkritische Tragikomödie voller Menschlichkeit, Güte und Optimismus."

„City Lights", USA 1928/31,
Regie: Charles Chaplin, Länge: 86 min
Beginn: 21.00 Uhr

Sa, 18.04.: **Demonstration** „Es gibt kein ruhiges Hinterland!" im mittelfränkischen Schwabach

An diesem Tag findet in Schwabach eine Demo gegen die dortigen verstärkten Nazi-Umtriebe und deren Förderung durch Stadt und Polizei statt. Schwabach entwickelte sich in den letzten Monaten immer mehr zu einem Zentrum neofaschistischer Aktivitäten in Mittelfranken. Unter der Anleitung bekannter Nazi-Führungskader hat sich eine feste rechtsradikale Szene von etwa 70 Nazis in Schwabach etabliert.

(Näheres dazu in der *Sabo* 03/98)

Schluß mit dem Nazi-Terror in Schwabach!

Treffpunkt: 13.00 Uhr, Bahnhof Schwabach

Veranstaltet von der Autonomen Jugendantifa Nürnberg

Sa, 18.04.: **Soli-Konzert** für die **Antifa-Mobiltour** mit **GUTS PIE EARSHOT** und **ALIBI PROJEKT** im Jugendtreff Neustadt/ Weinstraße

Zur Antifa-Mobiltour:

Das Antifaschistische Aktionsbündis Rhein-Neckar, die Gruppe **F**ür **A**ndere **Z**ustände (FAZ) aus Mannheim und die **A**ntifaschistische **J**ugendaktion Mannheim (AJA) fahren eine Woche lang durch verschiedene Orte in Rheinland-Pfalz,

um dort Veranstaltungen zum Thema „Antifaschismus“ anzubieten. Im Idealfall macht die Mobiltour morgens Station an einer Schule, mittags in der Stadt und abends in einem Jugendzentrum o. ä.

Ort: Jugendtreff, Von Hartmannstraße (neben der Volkshochschule), Neustadt/Weinstraße

Beginn: 20.00 Uhr

Veranstaltet von der Initiative für ein JuZe in Selbstverwaltung Neustadt e. V.

Di, 21.04.: **Informationsveranstaltung** „Stützen der Gesellschaft - Elite der Nation“ über Studentenverbindungen

Beginn: 20.00 Uhr, Neue Uni Heidelberg, Hörsaal 1

Veranstaltet von der Autonomen Antifa HD

Fr, 24.04.: **Film** „The Wall“ im AZ HD

„Ein Rockmusiker durchlebt in einem Hotelzimmer in Los Angeles Stationen seiner tristen Kindheit, seines gescheiterten Privatlebens und seiner steilen Karriere. Die visionären Fragmente seines Deliriums fügen sich zu einer Mauer, die ihn in völliger Kommunikationsunfähigkeit einschließt.“

„The Wall“, England 1982, Regie: Alan Parker, Länge: 95 min

Beginn: 21.00 Uhr

Veranstaltet vom Roten Splitter

Sa, 25.04.: **Konzert und Disco** „Rock gegen Burschenschaften“ mit den Bands **KALTMIETE**, **LEOPOLD KRAUS** und **BUTTERSIDEDOWN** sowie der **Manischen Weststadt** und der **shut up and dance!-DJ-Crew** im AZ HD

Im AZ-Saal spielen die Bands **Kaltmiete** (Trashrock), **Leopold Kraus** (Surfrock) und **ButterSideDown** (Glamrock). Danach legt die **Manische Weststadt** in bewährter Manier Platten aus einigen Jahrzehnten auf.

Im Keller des AZ gibt es big beat, dub und drum 'n' bass mit **shut up and dance!**

Beginn: 20.00 Uhr; Eintritt: 7,- Mark

Veranstaltet von der Autonomen Antifa HD und shut up and dance!

So, 26.04.: **Veranstaltungsreihe** „Von wegen '68 - Wir sind noch nicht zu Ende“ mit **Johannes Agnoli** im DemoZ Ludwigsburg

Johannes Agnoli wird im Rahmen dieser Veranstaltungsreihe referieren. Er ist Autor des für die APO zentralen Buches „Die Transformation der Demokratie“, in dem er eine linke Parlamentarismuskritik formuliert und die Formalisierung der Demokratie und die Folgen, die ein solches System für die gesellschaftliche Opposition mit sich bringt, analysiert. „Ungeachtet der schonungslosen Klarheit, mit der er die Verhältnisse beschreibt, bleibt er auch nach 1989 einer der wenigen, die nicht mitmachen, wenn es um Grabgesänge auf die konkrete Utopie einer möglichen Gesellschaftsveränderung geht.“

Ort: Demokratisches Zentrum, Wilhelmstraße 45/1 (in der Nähe des Bahnhofs), 71638 Ludwigsburg

Beginn: 20.00 Uhr

Veranstaltet vom (J)AZ Marbach in Zusammenarbeit mit dem DemoZ LB

Di, 28.04.: **KINO-Abend** mit Film „Hitlerjunge Salomon" im AZ HD

„Ein 14jähriger jüdischer Junge flieht während des »Dritten Reiches« nach Polen, landet in einem russischen Waisenhaus, wird als »Volksdeutscher« befreit und in einer elitären Hitlerjugend-Schule erzogen."

„Hitlerjunge Salomon", BRD/F 1989, Regie: Agnieszka Holland, Länge: 113 min

Beginn: 21.00 Uhr

Do, 30.04.: **Antifaschistische Aktion** gegen das „Maiansingen" der Heidelberger Burschenschaften

Die rechten Studentenverbindungen wollen um 24.00 Uhr auf dem Marktplatz oder anderswo in Heidelberg ihr „Maiansingen" veranstalten. Um dies zu verhindern, sollten sich alle Antifaschistinnen und Antifaschisten um 24.00 Uhr auf dem Heidelberger Marktplatz einfinden.

Fr, 01.05.: **Revolutionäre 1. Mai-Demonstration** „Wir wollen kein größeres Stück Torte, sondern das Rezept ändern!" in Mannheim

„Heute reden die VertreterInnen aus Politik und Industrie nur noch von Sparen, Standortsicherung, Lohnkürzungen, schrittweisem Abbau des sogenannten sozialen Netzes etc. - obwohl die Unternehmensgewinne drastisch steigen. Die Frage, was mit den Reichtümern passiert, die von den Lohnabhängigen ermöglicht wurden, wird überhaupt nicht gestellt. Es ist genug Geld da (und auch die Möglichkeit), allen Menschen auf diesem Planeten ein Leben ohne Armut, Krieg, Ausgrenzung und Umweltzerstörung zu ermöglichen."

Um „die Selbstverständlichkeit, mit der die Unerträglichkeit [dieses] Daseins hingenommen wird, in Frage zu stellen", ruft das Schwarz-Rote-Bündnis Rhein-Neckar erneut zur revolutionären 1. Mai-Demonstration in Mannheim auf.

(Näheres dazu in der *Sabo* 03/98)

Treffpunkt: 11.30 Uhr, Paradeplatz, Mannheim, danach großes 25 Jahre Geburtstagsfest im JUZ

Veranstaltet vom
Schwarz-Roten-Bündnis Rhein-Neckar

Fr., 01.05.: **Nazi-Massenaufmarsch in Leipzig verhindern!**

Am 1. Mai 1998 mobilisieren die NPD und ihre Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten" zu einem „nationalen Arbeiterkampftag" nach Leipzig. Es werden bis zu 15 000 NPD-AnhängerInnen erwartet. Die Neonazis wollen durch eine Großkundgebung mit anschließendem Aufmarsch gezielt versuchen, den **inter**nationalen ArbeiterInnenkampftag der Linken mit ihren faschistischen Inhalten zu füllen und letzendlich für ihre menschenverachtende Propaganda zu vereinnahmen.

Dies gilt es konsequent zu verhindern!
Wir lassen uns den 1. Mai nicht nehmen!
Deshalb beteiligt euch an
antifaschistischen Aktionen
gegen den NPD-Aufmarsch in Leipzig!
Uns gehört die Straße!
Kein Fußbreit den Faschisten!
(Achtet auf aktuelle Ankündigungen)

Rosinen oder Brötchen

Es ist schön, daß anläßlich des Artikels „Geschichtsunterricht mit der AA/BO!" eine Diskussion entstanden ist, und es bleibt zu hoffen, daß diese Zeitung endlich vom bloßen „Bewegungsmelder" wegkommt und Meinungsverschiedenheiten öfter in diesem öffentlichen Medium ausgetragen werden.

Zunächst soll kurz auf die Frage eingegangen werden, warum der kritisierte Umgang der *AA/BO* mit dem „Realsozialismus" kein Zufall ist. Erstens ist die Zusammensetzung der Organisation anzuführen (1) und zweitens der bisherige Umgang mit diesem Teil der Geschichte: In der ansonsten sehr guten Broschüre zum 50. Jahrestag des 8. Mai (besonders der Beitrag über den Antisemitismus) mußte z. B. der Artikel, der den Antifaschismus der DDR kritisiert, als einziger mit dem Gruppennamen unterschrieben werden. (2)

Vermehrt Nazi-Aufkleber in Heidelberg

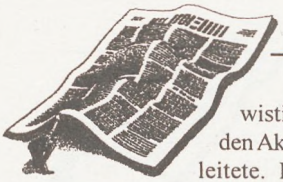
In der letzten Zeit sind in Heidelberg verstärkt Nazispuckies und Aufkleber gesehen (und beseitigt) worden. Sowohl in der Innenstadt als auch in Handschuhsheim/Neuenheim prangte an etlichen Laternen, Ampeln, Schildern etc. faschistische Propaganda von NPD, JN und anderen. Haltet weiterhin die Augen (und Ohren) offen, vernichtet oder entfernt die Fascho-Aufkleber und verbreitet aktiv antifaschistische Inhalte („Gegen Nazis"). Helft mit, eine sich eventuell ankündigende braune Welle in HD im Keim zu ersticken!

eine Antifaschistin

Aus den Stellungnahmen der *Antifaschistischen Aktion Berlin* und der *Autonomen Antifa HD* geht hervor, daß sich die Linke auf die Oktoberrevolution beziehen muß, weil diese ein Teil „**unserer** Geschichte [sei], ob wir wollen oder nicht". (3) „Die Geschichte [sei] nun mal kein Rosinenbrötchen, aus der mensch sich einfach nur die leckersten Teilchen herauspicken kann. Die revolutionäre Geschichte gibt es nur ganz oder gar nicht." (4) Da wir als revolutionäre Linke gegen den Kapitalismus sind, sind aufgrund eines höheren Zwanges alle anderen antikapitalistischen Gruppierungen unsere Freunde und alle antikapitalistischen Gruppierungen in der Vergangenheit Teil unserer Geschichte. Diese etwas schlichte Freund/Feind-Auffassung soll im folgenden Text anhand des leninschen Antikapitalismus widerlegt werden, der als theoretisches Rüstwerk für einen neuen Versuch der Befreiung nichts taugt.

„Solange in Deutschland die Revolution noch mit ihrer »Geburt« säumt, ist es unsere Aufgabe, vom Staatskapitalismus der Deutschen zu lernen, ihn MIT ALLER KRAFT zu übernehmen, keine DIKTATORISCHEN Methoden zu scheuen, um diese Übernahme noch stärker zu beschleunigen, als Peter [gemeint ist Zar Peter der Große, Anm. KK] *die Übernahme der westlichen Kultur durch das barbarische Rußland beschleunigte, ohne dabei vor barbarischen Methoden des Kampfes gegen die Barbarei zurückzuschrecken."* (5)

So sieht der Aufbau des Sozialismus in den Augen Lenins aus: Errichtung eines staatskapitalistischen Monopols, erzwungen durch diktatorische Gewalt, nicht gegenüber der Bourgeoisie, sondern gegenüber den ArbeiterInnen. Der einzige Unterschied zwischen sozialistischer Wirtschaft und der deutschen Kriegswirtschaft besteht nach Lenin darin, daß der sozialistische Staat nicht ein junkerlich-kapitalistischer ist, sondern ein revolutionär-demokratischer (bzw. das, was Lenin darunter verstand). (6) Ausgewechselt wurde nur das Kommando, unter dem das Kapital steht: Die Bourgeoisie wurde durch die bolsche-



wistische Partei ersetzt, die den Akkumulationsprozeß anleitete. Die produktive Basis dagegen wurde vollständig übernommen und als positive Errungenschaft des Monopolkapitalismus gefeiert. Dazu gehörte Akkordarbeit ebenso wie das unmenschliche Taylorsystem (7). Es sollte (und das gilt für die ganze Geschichte des autoritären Nominalsozialismus) dem kapitalistischen Westen nachgeeifert werden, letztlich sogar mit sehr ähnlichen Mitteln.

Nachdem auf dem I. Kongreß der Gewerkschaften im Januar 1918 durch die Eingliederung der Betriebsräte in die Gewerkschaft und die Verwandlung dieser in „Organe des sozialistischen Staates" (Eingliederung in die bolschewistische Partei) die Arbeiterkontrolle in den Betrieben faktisch abgeschafft worden ist, setzten die Bolschewiki (genauer die rechten Bolschewiki um Lenin, Trotzki und Sinowjev, die sich gegen den linken Flügel um Bucharin und Osinskij durchsetzten) die Einmann(frau)leitung in den Betrieben durch. (Sehr häufig wurden die alten BesitzerInnen wieder eingesetzt.)

„Jede maschinelle Großindustrie" erfordert nach Lenin die „unbedingte und strengste Einheit des Willens ..., der die gemeinsame Arbeit von Hunderten, Tausenden und Zehntausenden Menschen leitet". Diese Einheit des Willens solle „durch die Unterordnung des Willens von Tausenden unter den Willen eines einzelnen" erreicht werden, wobei sie (die „widerspruchslose Unterordnung") durchaus „die scharfen Formen der Diktatorschaft annehmen [kann], wenn keine ideale Disziplinniertheit und Bewußtsein vorhanden ist". (8)

Lenin verwechselte Kommunismus also mit Ford und preußischer Disziplin. Die Ursache dafür ist nicht, wie die *Autonome Antifa HD* und die *Antifaschistische Aktion Berlin* zumindest implizieren, die unendliche Niedertracht des Imperialismus, sondern die Ideologie der (rechten) Bolschewiki selbst. Zwischen Oktoberumsturz und nachrevolutionärer Politik zu unterscheiden, ist daher falsch, da das eine aus dem anderen resultierte. Daß die Bolschewiki das Privateigentum an Produktionsmitteln aufhoben, war noch kein Schritt weg von der kapitalistischen Barbarei: In Preußen waren damals sämtliche Eisenbahnen in die Hand des Staates übergegangen, ohne daß irgend jemand dies für eine Maßnahme auf dem Weg zum Sozialismus gehalten hätte. Nur die Vergesellschaftung der Industrie kann zum Kommunismus führen, doch dies wurde in keinem der nominalsozialistischen Staaten geschafft. Antikapitalismus als solcher ist nur eine Leerformel, so daß es darauf ankommt, mit welchem Inhalt sie gefüllt wird. Danach sollte die undogmatische Linke entscheiden, ob sie sich in die Tradition dieser oder jener revolutionären Strömung der Vergangenheit setzt. **Die** revolutionäre Geschichte gibt es eben gerade nicht, und deshalb muß mensch im Wust der verschiedenen, sich einander ausschließenden revolutionären Ansätze die Rosinen suchen. Gerade weil die Politik der Bolschewiki und später der KPdSU nicht zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft führte (9), nicht führen konnte, muß die undogmatische Linke sich von den daraus resultierenden autoritären Systemen des ehemaligen Ostblocks lösen und ihren Geschichtsbezug an der immer vorhandenen innerkommunistischen Opposition festmachen, freilich ohne diese kritiklos zu übernehmen. (Gerade die „Arbeiteropposition" oder die „demokratischen Zentralisten" hatten zwar eine interessante Kritik an der rechten Parteimehrheit, teilten aber im wesentlichen die Politik der Partei.) Hier nämlich schimmerte manchmal durch, was wirklicher Kommunismus bedeuten könnte; daraus gilt es zu lernen und daran gilt es anzuknüpfen.

Für heutige Initiativen bedeutet der verkürzte Antikapitalismus Lenins, daß sie darauf achten müssen, ihn nicht zu übernehmen, also auch die Wurzel des Übels im Kapitalismus in den KapitalistInnen bzw. BörsianerInnen zu lokalisieren (und damit zu biologisieren). Diese handeln auch nur in dem Handlungsspielraum, der ihnen vom Markt diktiert wird. Außerdem muß die undogmatische Linke (auch eine Lehre aus dem Scheitern der Kommandowirtschaften im Osten) antiautoritär sein. Der aktuelle Sicherheitswahn der HERRschenden ist daher ein gutes Thema für zukünftige

Interventionen der revolutionären Linken, so daß es erfreulich ist, wenn auch die AA/BO zu diesem Thema arbeitet. Nur muß darauf geachtet werden, daß Repression als solche bekämpft wird. Das wirkt aber unglaubwürdig, wenn immer noch der autoritäre Staatskapitalismus à la Lenin und Trotzki als Alternative angepriesen wird.

P. S.: Im übrigen sollte im ersten LeserInnenbrief keineswegs der AAHD nachgewiesen werden, sie sei eine „leninistische Kaderpartei". Es sollte **nur** der Umgang mit einem Teil der Geschichte kritisiert werden. Der überwiegende Teil der politischen Arbeit und Publikationen der Autonomen Antifa HD sind selbstverständlich trotzdem begrüßenswert und inhaltlich richtig.

Die Kinderkrankheit im Kommunismus

Anmerkungen

(1) Mitglied in der AA/BO sind u.a. ML-Gruppen wie die RAI (Rote Antifaschistische Initiative Berlin)

(2) Eine gute Kritik der Antifa A² an der AA/BO befindet sich in *Arranca* Nr.11

(3) Aus der Antwort der AAHD auf den LeserInnenbrief „Geschichtsunterricht mit der AA/BO" in *Sabotage* 2/98

(4) Aus der Antwort der AAB auf den LeserInnenbrief „Geschichtsunterricht mit der AA/BO" in *Sabotage* 3/98

(5) **W.I.Lenin**: Über „linke" Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit - Ausgewählte Werke in 3 Bänden, Bd. 2, S.791, Dietz Verlag Berlin

(6) „Sozialismus ist nichts anderes als staatskapitalistisches Monopol, das zum Nutzen des ganzen Volkes angewandt wird und dadurch aufgehört hat, kapitalistisches Monopol zu sein" (**W.I.Lenin**: „Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll", in Ausgewählte Werke Bd. 2, S.299, Dietz Verlag Berlin)

(7) wissenschaftliche Betriebsführung: z. B. Trennung von Kopf und Handarbeit

(8) **W.I.Lenin**: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht - Ausgewählte Werke, Bd. 2, S. 762f, Dietz Verlag Berlin

(9) Wie auch die Autonome Antifa einräumt - vgl. *Sabotage* 2/98

Literatur zum Thema:

W.I.Lenin: „Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll" - „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht" - „Über „linke" Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit" - „Der „linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus" (*Diese Texte von Lenin sind viel entlarvender, als alle Kritik, die Rosa Luxemburg jemals geäußert hat.*)

Frits Kool, Erwin Oberländer (Hrsg.): „Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur". Dokumente der linken Opposition in der KPR(B) und der Kommune Kronstadt

Elmar Altvater: Die „Zukunft des Marktes"

Jürgen Elsässer: „Zweierlei Antikapitalismus" in *Jungle World*, Juli 1997

Klaus Gietinger: „Die Kommune von Kronstadt" in *Arbeit und Faulheit*, Wochenendbeilage der **jungen Welt** ab 5./6.April 1997 (sieben Teile)

Oskar Anweiler: Rätebewegung in Rußland

Group Solidarity: Räte in Russland 1917-1921, Verlagskollektiv Roter Oktober

JUZ MA

Selbstverwaltet Antifaschistisch

Termine im April 1998

Fr, 03.04.: Spiritual-Night & Konzert mit PERFIDIOUS WORDS 21.00 Uhr

Sa, 11.04.: VEB laut & lästig präsentiert:
NOTHING REMAINS und ZORN 20.00 Uhr

Mo, 13.04.: Crustpunk-Konzert mit INFEKCA (Polen), ENOUGH! (Polen) und COPREDUCTION (Duisburg) 20.00 Uhr

Sa, 18.04.: N.E.W.I.W. - die Mitternachstdisco 23.00 Uhr

Fr, 24.04.: Ausstellungseröffnung und Vorstellung der Dokumentation "25 Jahre JUZ in Selbstverwaltung" 20.00 Uhr

Sa, 25.04.: Fußballspiel "Alt gegen Neu" auf dem Fußballplatz Erlenhof (MA-Neckarstadt) 14.30 Uhr
Konzert mit: HANS REFFERT und BERND KÖHLER, EDDE TYL KOWSKI BAND, SHIN EN und KLAUS HOFFMANN 19.00 Uhr

Mo, 27.04.: Infoveranstaltung der Rechtshilfe Mannheim zu den Strafrechtsänderungen 20.00 Uhr

Di, 28.04.: VVN/BdA: Natzweiler-Struthof, ein KZ und seine Außenlager im Neckartal (Referent: Jürgen Ziegler) 20.00 Uhr

Fr, 01.05.: Geburtstagsfest, danach Konzert mit GERM ATTACK, ALIBI PROJEKT, NO RESPECT, MUFF POTTER & INKOMPLEX 15.00 Uhr

!! 25 Jahre JUZ !!

Regelmäßige Termine:

Jeden Dienstag: Vollversammlung ab 19°°
Jeden Donnerstag: Freiraumcafé, Vokü ab 19°°, Infoladen ab 20°°
Jeden Sonntag: RollenspielerInnen-Treffen ab 13°°

JUZ Mannheim in Selbstverwaltung "Friedrich Dürr"
Neuer Meßplatz Tel./Fax : 0621/305144
Postfach 121965 68070 Mannheim